

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Alfringhaus, Berlin.
Telefon: Kurt Döbner 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Juli 1930

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Der chinesische Bürgerkrieg.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Shanghai, Ende Juni (Eig. Bericht)

Der neue chinesische Bürgerkrieg spielt sich in Formen ab, die in der Geschichte der innern Wirren des Landes bis jetzt ganz ungewöhnlich gewesen sind. Während die miteinander kriegführenden Marschälle in ihren ewigen Kämpfen untereinander bisher den Spuren ihrer Condottierekollegen aus der Zeit der italienischen Renaissance gefolgt sind und ihre Stärke mehr in taktischen Manövern gegen den Feind und in der Schonung ihres kostbaren Soldatenmaterials gesehen haben, stehen die jüngsten Auseinandersetzungen im Zeichen des Clausewitzschen Kriegsideals von der völligen Vernichtung des Gegners.

Diese dem chinesischen Nationalcharakter ganz fremde Methode des Einsatzes aller vorhandenen Kräfte auf diese einzige Karte verdankt ihre Anwendung dem Präsidenten der chinesischen Republik, Dschiang-Kai-Schek, der z.Zt. gegen eine Block von Gegnern um seine Existenz ringt. Für die Einführung dieses neuen Systems sind zwei Gründe massgebend gewesen. Erstens die Erkenntnis, dass bei der Anwendung der bisherigen Mittel nie eine endgültige Entscheidung über den Besitz der Macht in China fallen kann und zweitens der Einfluss der deutschen Ex-Offiziere auf Dschiang-Kai-Schek, die als Instruktoren der Armee von Nanking tätig sind. Sie haben dem Süden, der allerdings nicht mehr der revolutionäre Süden aus der grossen Zeit Sun-Yat-Sens ist, einen für die gegenwärtigen Umstände recht bedeutenden militärischen Machtapparat geschaffen. Die in den militärischen Entscheidungen tonangebenden Jünger ihres verstorbenen Meisters des Obersten Bauer sind ganz wie ihr Chef im Glauben an die Allmacht der stärkeren Kriegsmaschine befangen und ihr Rat, eine Entscheidung auf dem Schlachtfelde zu suchen ist dem in grossen politischen Verlegenheiten befindlichen Dschiang-Kai-Schek als Verlegenheitslösung höchst willkommen gewesen.

Die Furcht von der Übermacht Nankings einzeln aufgerufen zu werden, hat die sonst untereinander wie Katze und Maus lebenden Kriegsherren der einzelnen Provinzen einander näher gebracht. Auf diese Weise ist eine Einheitsfront Peking gegen Nanking entstanden, wobei sich die Rollen geändert haben. Nanking gilt schon lange nicht mehr als das Symbol der Freiheitsbewegung, deren Kräfte aus dem ganzen Lande den berühmten Vorstoss Dschiang-Kai-Scheks auf Peking durch ihre moralische und materielle Unterstützung zu einem unerwarteten Erfolg gemacht haben. Auch der Norden ist heute ebenso wenig wie der Süden der Hüter der Tradition und der Vorkämpfer der reinen Lehre des chinesischen Volkshelden Sun-Yat-Sen. Alles, was sich um die Führer des Widerstandes gegen Nanking, den christlichen Marschall Feng-Yu-Siang, der von vielen für den kommenden Mann Chinas gehalten wird, und um seinen Intimus den Friedensfürsten von Schansi, Yu-Si-Chan gruppiert, ist weit davon entfernt für etwas anderes zu streiten als für persönliche Interessen. Der Antinankingblock hat daher keine besonderen Lebensmöglichkeiten und er wird im Falle eines Sieges rasch wieder auseinander

derfallen.

Obwohl die Nachrichten vom Kriegsschauplatz nur sehr spärlich fliessen, scheint es, als ob die Aussichten Dschiang-Kai-Scheks trotz einiger Anfangserfolge nicht gerade gut stehen. Die öffentliche Meinung des ganzen Landes ist gegen ihn und der Mangel an Sympathien wird auch schliesslich das Kriegsglück gegen ihn wenden. Seine militärischen Ratgeber haben anscheinend noch immer nicht die Bedeutung der Imponderabilien im Kriege begriffen und den Popularitätsverlust ihres Auftraggebers nicht als Faktor in ihren Kriegsplan eingerechnet.

Die Misswirtschaft Nankings hat ihre Wirkung auf die Gemüter nicht verfehlt und die Versuche, sie durch die Idee vom Erbe Sun-Yat-Sens zu drapieren, haben nichts anderes erreicht als sie dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen zu lassen. Die sogenannte chinesische Republik ist in Wirklichkeit nichts weiter als eine Republik der Kameraden in Reinkultur. Alle der staunenden Welt verkündeten Projekte zum Aufbau Chinas sind nichts als Vorwände gewesen, um Dschiang-Kai-Schek und seinen Klüngel bei den nach dem Auslande vergebenen Staatsaufträgen sowie Provisionen als möglich schlucken zu lassen. Die Pläne zur Beseitigung der für die Einheit Chinas so gefährlichen Provinzialautonomie sind trotz aller Fanfarenstösse über schwächliche Bemühungen niemals hinausgekommen. Abgesehen davon, dass es Dschiang-Kai-Schek stets an den nötigen Machtmitteln zur Bändigung der Lokalgewaltigen gefehlt hat, ist er dank seiner eigenen wie der Korruptionswirtschaft seiner Nepoten niemals im Besitz jener Autorität gewesen, die zur Krönung kriegerischer Erfolge durch moralische Eroberungen unbedingt nötig ist.

Jedenfalls sind augenblicklich wieder alle Teufel losgelassen und China steckt inmitten eines gefährlichen Durcheinanders, das dem Lande wieder die geringen in der kurzen Erholungspause gesammelten Kräfte entziehen muss. Den Kriegsschauplatz bilden wie üblich auch diesmal die unglücklichen Provinzen des mittleren China. Die Armeen des Nordens haben nach der Eroberung der Hauptstadt von Shantung einen Vorstoss in die bereits zur Wüste gewordene Provinz Hunan gemacht. Zu entscheidenden Kämpfen ist es bisher noch nirgends gekommen, da nach chinesischer Bürgerkriegssitte vorläufig mit wechselndem Erfolge an der für den Transport von Menschen, Munition und Lebensmitteln so wichtigen Bahnlinien scharmützelt wird. In diesen Plänkeleien lässt sich vorläufig ein Plus zu Gunsten der Sache des Nordens feststellen.

Um das Chaos voll zu machen regen sich die in dem wichtigen Flusshafen Hankau trotz aller Massakres noch immer sehr einflussreichen Anhänger Moskaus. Ihre Propaganda bestreicht einen Umkreis von mehr als 300 km. Die Kommunisten sind z.Zt. dabei aus ihren Anhängern und Gefolgsleuten bewaffnete Banden zu bilden, die aktiv in die Ereignisse eingreifen und von ihren Bundesgenossen Profite für den Einfluss Russlands in China heraus schlagen sollen.

Restloses Vertrauen scheint Dschiang-Kai-Schek in den glücklichen Ausgang seiner Sache nicht zu haben. Er und seine Anhänger haben jedenfalls in Nanking bereits alle Vorbereitungen zur Flucht getroffen. Sie haben fürsorglich die Mittel bereitgestellt, die ihnen auch im Falle einer Niederlage ein mehr als behagliches Rentierdasein in einem europäischen oder amerikanischen Exil gestatten werden.

Wenn auch mit dem Sturz Dschiang-Kai-Scheks eine wenig erfreuliche Epoche in der Geschichte der chinesischen Revolution abgeschlossen sein wird, die grosse Entscheidung über die Zukunft des Reichs der Mitte wird dieser Bürgerkrieg ebensowenig bringen wie seine Vorgänger. Es ist zunächst noch gar nicht ausgeschlossen, dass er trotz der löblichen Vorsätze Dschiang-Kai-Scheks ausgeht wie das Hornberger Schiessen und dass sich alle Gegner in der Erkenntnis ihrer Ohnmacht wie bisher auf der Basis ihres Besitzesstandes einigen werden.

So oder so, das unglückliche Land und das unglückliche chinesische Volk werden auch hierbei die gesamte Zeche zu zahlen haben. Es wird weiter auf die Stunde warten müssen bis die Idee seiner nationalen Revolution ihren Ausdruck in Persönlichkeiten findet, die im Stande sein werden ihre Theorien mit den Notwendigkeiten der Praxis zum Mörtel für den Aufbau eines lebensfähigen China aus den gegenwärtigen Trümmern zu mischen.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat am 31. Januar d. Js. an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte einen Erlass herausgegeben, in dem für die Bestätigung von Anhängern der nationalsozialistischen oder der kommunistischen Partei als Kommunalbeamte folgende Richtlinien aufgestellt wurden :

Die Bestätigung als leitende Beamte und als ständige Vertreter von Behördenleitern ist ausnahmslos zu versagen. Angehörige der genannten Parteien sind also insbesondere nicht zu bestätigen als Bürgermeister (Oberbürgermeister), Beigeordnete (2. Bürgermeister) der Magistratsverfassung, Erste Beigeordnete der Bürgermeisterverfassung, Kreisdeputierte, Amtsvorsteher und deren Stellvertreter und Gemeindevorsteher. In allen übrigen besoldeten oder unbesoldeten kommunalen Ämtern sollte die Bestätigung erteilt werden, wenn sich im Einzelfall der zu Bestätigende zu einer pflichtgemässen Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteipartikularinteressen durch eine positive Erklärung verpflichtet, und wenn seine Persönlichkeit die Gewähr dafür bietet, dass die Verpflichtung ernst gemeint ist und eingehalten werden wird.

Diesen Erlass hat der Preussische Minister des Innern jetzt durch einen neuen Runderlass dahin geändert, dass Angehörigen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei auch in Fällen der Abgabe einer positiven Erklärung die Bestätigung als Kommunalbeamte ausnahmslos zu versagen ist,

SPD. Dresden, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die am Mittwoch fortgesetzten Besprechungen der Rechtsparteien über die Bildung einer "marxistenreinen" Regierung sind abermals ergebnislos abgebrochen worden. Man will die Verhandlungen am Donnerstag fortsetzen, aber selbst in rechtsstehenden Blättern wird jetzt ebenfalls die Auffassung vertreten, dass die Besprechungen der Rechtsparteien keinen Zweck mehr haben.

Im Verlauf der Beratungen wurde auch über die für Donnerstag angesetzte Wahl des Landtagsvorstandes verhandelt. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Man will jedoch am Donnerstag auch noch einmal über die Wahl des Landtags-Präsidiums verhandeln. Die Hitlerianer fordern ein marxistenreines Präsidium, obwohl die SPD mit 32 Abgeordneten die stärkste Fraktion des sächsischen Landtages bildet. Wahrscheinlich kommt aber ein Präsidium aus einem Sozialdemokraten als Präsidenten, einem Deutschnationalen und einem Volksparteiler als Vizepräsidenten zustande. Präsident des alten Landtags war der Sozialdemokrat Weckel.

SPD. Paris, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Pernot, der auf französischer Seite die Saarverhandlungen führte, hat in einer Presseerklärung versucht, alle Schuld an dem Misserfolg dieser seit acht Monaten nutzlos geführten Verhandlungen der deutschen Delegation zuzuschreiben.

Die Deutschen haben nach Pernot in unbegreiflicher Starrköpfigkeit nicht darauf eingehen wollen, dass das Saargebiet zum Grundstein einer künftigen engen und umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ausgestaltet würde. Nicht gesagt hat Pernot, dass die Zusammenarbeit, wie sie Frankreich wünscht, Deutschland mit der Preisgabe der Saargruben alle materiellen Kosten aufgebürdet haben würde, denen auf französischer Seite keinerlei Gegenleistungen gegenübergestanden hätten. Dabei hatten die deutschen Unterhändler von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, dass es ihnen unmöglich sei, die Saargruben aus dem staatlichen Besitz herauszugeben und sie einer privatwirtschaftlichen Gesellschaft zum alleinigen Vorteil der deutschen und französischen Schwerindustrie zu überlassen. Die französische Dele-

gation aber, die mit ihren Forderungen auf die Unterstützung der Schwerindustrie spekulierte, glaubte, die deutschen Unterhändler müde zu bekommen. Es wäre sicherlich besser gewesen, wenn die Saarverhandlungen nicht ständig unter diesem Zeichen eines allzu materiellen Handelns um jede Konzession gestanden hätten und sich die Unterhändler von höheren allgemeinen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten hätten leiten lassen und zu der Verwirklichung einer grosszügigen, im Interesse der politischen Versöhnung liegenden Zusammenarbeit hätten entschliessen können.

Der sozialistische Parteiführer Léon Blum protestierte deshalb im "Populaire" gegen die Erpressungspolitik der Schwerindustrie, die sich durch eine Beteiligung an den Saargruben die Rheinlandräumung bezahlt machen wollen. Niemals habe der Friedensvertrag eine Enteignung des preussischen oder bayerischen Staates zugunsten der privaten Industrie gewollt. Aber unter dem Druck der Schwerindustrie habe sich die französische Delegation bereit gefunden, eine Vertragsabänderung durchzudrücken. Niemals hätten die Industriellen eine derartige Vergünstigung im Saargebiet besessen, weder in der Vorkriegszeit noch unter dem Völkerbundsregime. Trotzdem sei die Industrie ihrer Kohlenlieferungen immer sicher gewesen. Es sei unzulässig, dass die Regelung eines internationalen Problems von derartiger Wichtigkeit von der Befriedigung privater Interessen abhängen könne.

Léon Blum kündigt schliesslich an, dass die sozialistische Kammerfraktion in einer Interpellationsdebatte über die Saarfrage restlose Klarheit schaffen werde.

SPD, Köln, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die "Kölnische Zeitung" schreibt zu dem Antrag des ehemaligen Reichsfinanzministers Moldenhauer auf Zahlung einer jährlichen Pension von rund 30 000 Mark :

"Formalrechtlich mag Herr Moldenhauer mit seinem Antrag im Recht sein. In der Tat sprechen seine bisherige Beamtenlaufbahn und die ausdrückliche Lücke des von ihm selbst unterzeichneten Ministerpensionsgesetzes für seinen Antrag. Aber ein Minister, der zwar das "Notopfer" nicht erfunden hat, aber es mitverantwortet hat, dürfte einen solchen Antrag nicht stellen. Diese Ausnutzung der Rechtsbestimmung könnte den Gedanken aufkommen lassen, als ob Minister versuchten, Gesetze zu ihrem persönlichen Nutzen zu machen. Der Antrag Moldenhauers ist, wie der ausserordentliche Widerhall in der Öffentlichkeit zeigt, nicht geeignet, irgendwelche Sympathie zu erwecken."

SPD, Braunschweig, 9. Juli (Eig. Bericht)

Der braunschweigische Justizminister Sievers hat auf den Antrag eines nationalsozialistischen Rechtsanwalts um Zulassung als Notar folgende Antwort erteilt :

"Notare sind Staatsbeamte. Als erklärter Gegner der Republik sind Sie zum Staatsbeamten ungeeignet. Sie kommen für eine Ernennung zum Notar also nicht in Frage. Von einer Wiederholung Ihres Gesuches wollen Sie daher absehen."

SPD, Dresden, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die beiden volksnationalen Abgeordneten des sächsischen Landtags, Lasse und Büttner, haben allen Abgeordneten des Landtags mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten ein Schreiben zugehen lassen, in dem sie die Bildung der Regierung in aller Öffentlichkeit fordern. Falls dieser Forderung nicht entsprochen werde, lehnten sie die Mitarbeit ab. Unter Ausschluss der

radikalen Flügelgruppen, die sich selbst ausserhalb der Volksgemeinschaft gestellt hätten, müssten alle Volksvertreter jetzt als Minister Persönlichkeiten herausstellen. Alle auf dieser Grundlage gemachten Vorschläge sollen von ihnen gewissenhaft geprüft werden. Als geeigneten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidentenpostens bezeichnen sie den demokratischen Abgeordneten, Minister a.D, Bankdirektor Dehne, der allerdings kaum bereit sein dürfte, die Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen.

Eine Dresdner Korrespondenz veröffentlicht eine Zuschrift von führender demokratischer Seite, in der gesagt wird, jede Hoffnung, dass die Demokraten es den Rechtsparteien durch Abgabe von weissen Stimmzetteln oder auf andere Weise ermöglichen würden, eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten zu erlangen, sei trügerisch. Die Demokratische Partei werde unter keinen Umständen eine Rechtsregierung mit Beteiligung oder unter Führung der Nationalsozialisten dulden. Sie werde niemals die Wahl eines Ministerpräsidenten ermöglichen, der eine Rechtsregierung bilden würde. Wenn man in Sachsen eine politische Regierung haben wolle, könne man nicht den Weg der Rechtskoalition, sondern nur den der Grossen Koalition beschreiten.

SPD. Die Meldungen bürgerlicher Blätter, nach denen Berliner Polizei zur Abwehr der Ausschreitungen gegen ehemalige Separatisten nach Trier, Koblenz und Wiesbaden entsandt worden ist oder noch entsandt werde, entsprechen nicht den Tatsachen. Die zuständigen Regierungsstellen des Rheinlands sind vielmehr der Auffassung, dass die vorhandenen Polizeikräfte zur Abwehr irgendwelcher Ausschreitungen völlig ausreichen. Man beabsichtigt in Zukunft für den Fall neuer Ausschreitungen jeweils die in den Nachbarorten stationierten Polizeikräfte zur Abwehr heranzuziehen. Alle Voraussetzungen hierzu, wie z.B. die Möglichkeit der schnellen Beförderung der Hilfskräfte, sind bereits erfüllt.

SPD. Brüssel, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

In Heerlen in Holland hat kürzlich eine Zusammenkunft bekannter deutscher und belgischer katholischer Parlamentarier stattgefunden, der man in Brüssel eine gewisse Bedeutung beimisst.

Von deutscher Seite waren u.a. erschienen die Reichstagsabgeordneten Joos, Bell und Weber, von belgischer Seite der frühere Minister van de Vyvere und der Senator van de Rutten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Zusammenkunft der Besprechung politischer Probleme gewidmet war. Irgendein greifbares Ergebnis scheint jedoch nicht erzielt worden zu sein; denn es wird mitgeteilt, dass alle in Betracht kommenden Fragen in einer grösseren Zusammenkunft an der auch französische Katholiken teilnehmen werden, weiter behandelt werden sollen. Wann und wo diese neue Zusammenkunft erfolgen soll, steht noch nicht fest.

Von belgischer katholischer Seite wird behauptet, dass die Frage von Eupen und Malmedy Gegenstand der Besprechungen gewesen ist. Ausserdem soll die in Deutschland noch nicht verstummte Propaganda über die belgischen Franktireurs erörtert worden sein. Wie es heisst, wurde im Verlauf der Besprechungen angeregt, der Aufrollung der Frage von Eupen/Malmedy unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass die deutschen Katholiken alle Anschuldigungen gegen die Haltung der belgischen Bevölkerung im Kriege fallen lassen.

SPD. Bochum, 9. Juli (Eig. Drahtb)

Im Verlauf einer Sitzung des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats wurde mitgeteilt, dass im Ruhrgebiet nicht weniger als 6,1 Millionen Tonnen Kohlen und Koks auf Halden liegen. Auch der ausländische Kohlenmarkt stocke, sodass der Konkurrenzkampf äusserst stark sei. Nur Frankreich weise guten Absatz auf.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags hat es am Mittwoch wegen des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs gegen die Grosspensionäre heftige Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Bürgerblock gegeben. Der Bürgerblock will die Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs mit allen Mitteln verhindern. Wenn auch zunächst nur die Vertagung bis Freitag beschlossen worden ist, so ist doch anzunehmen, dass am Freitag wiederum die Vertagung bis in den Herbst versucht und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen werden wird.

Aus den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dietrich, der im Namen der Reichsregierung den Wunsch nach Vertagung äusserte, ging deutlich hervor, dass der Widerstand nicht bei ihm liegt. Es ist der Druck der Grosspensionäre in der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen, der diese Stellung der Regierung herbeigeführt hat. Die Deutsche Volkspartei hat in den interfraktionellen Verhandlungen keinen Zweifel daran gelassen, dass ihre Stellung zu den Deckungsvorlagen entscheidend davon abhängig ist, dass die Bezüge der Grosspensionäre nicht gekürzt werden. Genau so steht es bei den Deutschnationalen. Diesem Druck hat Reichskanzler Dr. Brüning nachgegeben. Um eine Mehrheit für die Anschläge auf die notleidenden Massen zu gewinnen, wird der Skandal bei den Bezügen der Grosspensionäre aufrechterhalten.

Mit der grössten Entschiedenheit haben die sozialdemokratischen Redner Hertz und Rossmann erklärt, dass die Sozialdemokratie die Vertagung mit allen Kräften bekämpfen und die Beratung ihres Gesetzentwurfs noch vor dem Eintritt der Sommerpause erzwingen werde. Geschäftsmässige Möglichkeiten dazu seien vorhanden. Das deutsche Volk solle sehen, dass seine besitzenden Schichten nicht bereit sind, in der Zeit grösster Not und Opfer der Massen auf Vorteile zu verzichten, die von einem erheblichen Teil der Bevölkerung als unmoralisch empfunden werden.

Eine bezeichnende Illustration für das Verhalten der bürgerlichen Parteien ist der Fall Moldenhauer. Herr Dr. Moldenhauer hat sich nicht damit begnügt, die ihm nach dem Ministerpensionengesetz vom 27. März 1930 zustehende Pension in Höhe von etwa 23 000 Mark zu beanspruchen, sondern hat die Anrechnung von früheren Dienstjahren verlangt, durch die diese Pension auf 29 100 Mark erhöht werden würde. Selbst in der bürgerlichen Presse findet sein Verhalten scharfe Verurteilung. In demselben Augenblick aber wollen die bürgerlichen Parteien eine gesetzliche Regelung verhindern, die den anderen Grosspensionären, bei denen die Zustände teilweise noch viel skandalöser sind, einen kleinen Teil ihrer Bezüge nimmt. In der "Germania", dem Organ des Zentrums, wird gesagt, "Herr Dr. Moldenhauer hätte besser getan, seinen Fall nicht unter dem Gesichtspunkt des formalen Rechts zu sehen, sondern unter dem Gesichtspunkt der psychologischen Wirkung und der finanzpolitischen Lage. In einem Zeitpunkt, wo von weiten Volkskreisen erhebliche Opfer verlangt werden, sei es ebenso unpsychologisch wie unrichtig, aussergewöhnliche Ansprüche zu erheben. Das gute Beispiel müsse von oben kommen - nicht das Ärgernis. Hier aber ist ein Ärgernis."

Diese Erkenntnis hat die Zentrumsvertreter nicht gehindert, sich schützend vor die Grosspensionäre zu stellen.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch den Gesetzentwurf über die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken in zweiter Lesung mit unwesentlichen Aenderungen der Beschlüsse erster Lesung an.

Die wichtigste Frage, die noch zu entscheiden war, war die, ob als Folge der vorgesehenen Erhöhung des Zinses für die aufgewerteten Hypotheken die gesetzliche Miete erhöht werden soll. Die Meinungen gingen überwiegend dahin, dass die aus der Zinserhöhung sich ergebende Deckungsfrage in diesem Gesetz nicht geregelt werden könne. Ein kommunistischer Antrag, besetzlich zu bestimmen, dass ein Zuschlag zu den Mieten infolge einer auf Grund dieses Gesetzes stattfindenden Erhöhung der Hypothekenzinsen unzulässig ist, wurde daher gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt. Angenommen wurde folgende von den Sozialdemokraten beantragte Entschliessung: "Eine Erhöhung der gesetzlichen Miete wegen einer auf Grund des Gesetzes über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken erfolgenden Erhöhung des Hypothekenzinsfußes soll nicht erfolgen."

Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien wurde aber gleichzeitig eine von der Volkspartei beantragte Entschliessung angenommen, wonach die Erhöhung der Hypothekenzinsen durch eine Senkung der Hauszinssteuer ausgeglichen werden soll.

Von der Sozialdemokratie wurde noch eine Anpassung des Zinses für die aufgewerteten Industrieobligationen an den künftigen Zins der aufgewerteten Hypotheken und ein Verfahren zur Ablösung der Genussrechte beantragt. Die Mehrheit lehnte jedoch auch eine Regelung dieser Fragen durch das vorliegende Gesetz ab und nahm nur eine sozialdemokratische Entschliessung an, wonach die Regierung um Einbringung eines besonderen Gesetzentwurfs ersucht wird, durch den die Genussrechte kapitalisiert, angemessen verzinst und in wenigen Jahren getilgt werden sollen.

Die Bevorzugung, die der Gesetzentwurf den den entschuldeten grossindustriellen Unternehmungen zum Teil werden lässt, soll demnach im Grossen und Ganzen bestehen bleiben.

SPD, Paris, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Mittwoch nach kurzer Beratung den neuen, von der Regierung angeforderten Milliardenkredit für Rüstungszwecke genehmigt. Die Sozialisten, die den Antrag entschieden bekämpften, versuchten eine Bedingung durchzusetzen, dass die neuen Mittel nicht wieder aus dem schon stark geschwächten Fonds des Schatzamtes entnommen, sondern durch Ersparnisse aus dem Budget aufgebracht werden. Der Antrag wurde jedoch mit 14 gegen sieben Stimmen abgelehnt.

SPD. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Breitscheid, hat an den Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf aufmerksam macht, dass die Regierung die vom Reichstag gewünschte Zusammenstellung über die Bezüge der obersten Beamten der Reichsbank und Reichsbahn noch nicht vorgelegt habe. In dem Schreiben wird dargelegt, dass die Frist zwischen dem 12. März 1930 und dem 28. Mai 1930 für die umgehende Beantwortung einer Entschliessung des Reichstags schon als recht lang bezeichnet werden muss. Inzwischen sei seit dem 28. Mai, zu dem Termin die Regierung die Beantwortung in Aussicht gestellt habe, wieder mehr als ein Monat verstrichen, ohne dass der Reichstag eine Antwort auf die in der Entschliessung enthaltenen Fragen erhalten hätte.

Es wird deshalb verlangt, dass die Antwort auf die Entschliessung des Reichstags noch vor seiner Vertagung erfolgt.

SPD. Stettin, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Lufthansa Stettin teilt auf Grund ihrer Nachforschungen mit, dass die bisher vermissten 5 Opfer der Katastrophe des Dornier-Wal in der Ostsee zweifellos den Tod in den Wellen gefunden haben. Die Nachricht eines dänischen Schoners und der drei Geretteten, dass ein anderes Schiff zwei Personen gerettet hätte, habe sich als falsch herausgestellt. Es müsse damit gerechnet werden, dass vier Passagiere und der Bordfunker ertrunken seien.

Der Bordfunker ist ein Stettiner. Der ertrunkene Passagier Krakelsberg stammt aus Köln, ebenso der von der Katastrophe betroffene Bruder des Journalisten Birk von der "Kölnischen Zeitung". Die beiden anderen ertrunkenen Personen waren amerikanische Eheleute. Das Schiff, das angeblich noch zwei Passagiere gerettet haben soll, ist ein deutscher Motorsegler, der inzwischen in Greifswald eingelaufen ist. Der Kapitän sagte aus, dass er am Unglückstage abends gegen acht Uhr unweit von Bornholm im Wasser einen länglichen schwarzen Körper habe schwimmen sehen. Daneben habe bewusstlos oder leblos eine blonde Dame in einer Schwimmweste getrieben. Es sei der Besatzung seines Schiffes gelungen, die Schulterbänder der Schwimmweste mit einem Bootshaken zu fassen. Als die Frau dann hochgezogen werden sollte, seien die Bänder gerissen. Die Dame sei ins Wasser gefallen und sofort versunken. Der Segler sei noch einige Zeit in der Nähe der Unglücksstelle geblieben, ohne jedoch weitere Menschen entdeckt zu haben.

SPD. Die politische Lage klärt sich. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Regierungsparteien haben mit der Annahme der letzten von der Volkspartei gestellten Forderungen durch die Regierung geendet. Der Paragraph 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die unbeschränkte Darlehenspflicht des Reichs für die Arbeitslosenversicherung vorsieht, wird gemäss den Wünschen der Volkspartei entscheidend eingeschränkt. Ausserdem hat die Regierung zugestanden, dass die Kopfsteuer der Gemeinden von reichswegen eingeführt wird. Beide Vorlagen werden von den Regierungsparteien als Initiativgesetze eingebracht werden.

Der § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes soll folgenden Zusatz erhalten: "Der Höchstbetrag dieser Darlehen muss vom 1. April 1931 jeweils im Haushaltsgesetz festgesetzt werden." So harmlos dieser Zusatz erscheint, so gefährlich ist er in Wirklichkeit. Um diese Beschränkung der Darlehenspflicht des Reiches hat die Deutsche Volkspartei seit Jahr und Tag gerungen. Solange die Sozialdemokratie in der Regierung war, hat sie sie nicht durchgesetzt. Jetzt wird ihre Forderung erfüllt. Die Beschränkung der Darlehenspflicht des Reichs ist deshalb so gefährlich, weil sie, solange die Wirtschaftskrise andauert, den Abbau der Leistungen zwangsläufig erwirkt. Früher war deshalb auch das Zentrum gegen dieses Verlangen der Deutschen Volkspartei. Noch zuletzt machte es seine Zustimmung davon abhängig, dass wenigstens der Reichsanstalt das Recht auf Erhöhung der Beiträge gewährt werde. Jetzt ist auch diese Forderung fallen gelassen und die Kapitulation vor dem Geldsackinteresse der Deutschen Volkspartei vollzogen worden.

Ehenso reaktionär und verhängnisvoll wird sich das andere Zugeständnis auswirken: die Kopfsteuer. Noch vor wenigen Tagen hat der Reichsfinanzminister Dietrich die Kopfsteuer ein Abenteuer genannt. Er hat mit den besten Argumenten nachgewiesen, dass die Kopfsteuer niemals die finanziellen Bedürfnisse der Gemeinden erfüllen könne, dass sie in ihrer gleichmässigen Höhe ungeheuer unsozial wirke und dass ihre Einziehung Verwaltungskosten hervorrufe, die den grössten Teil des Ertrages dieser Steuer aufzehren. Er schlug infolgedessen vor, den Gemeinden die Wahl zu lassen zwischen der Einführung einer Schankverzehrststeuer und der Einführung der Kopfsteuer. Wenn dadurch auch die Kopfsteuer nicht im geringsten anders zu beurteilen wäre, so hätte doch immerhin

angenommen werden können, dass in dem grössten Teil der Gemeinden die Schankverzehrststeuer zur Einführung gelangt wäre. Jetzt hat die Regierung die Schankverzehrststeuer kampflos preisgegeben und die Kopfsteuer akzeptiert. Trotzdem behauptet sie zu führen und unabhängig von den Parteien zu sein!

Die Kopfsteuer soll einen doppelten Zweck erfüllen. Sie soll erstens die Gemeinden zwingen, ihre sozialen Ausgaben weitgehend einzuschränken. Zweitens soll damit die Senkung der Realsteuern durchgesetzt werden. Der Abbau der sozialen Fürsorge in den Gemeinden, der seit langem von der Deutschen Volkspartei erstrebt wird, um ein wichtiges Hindernis für eine weitere Senkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge wegzuräumen, wird durch die Einführung der Kopfsteuer und durch ihre Verkoppelung mit den Realsteuern in vielen Fällen nicht zu vermeiden sein. Hinzu kommt, dass die Besitzer von Realvermögen entlastet und mit der Kopfsteuer überwiegend die besitzlosen Schichten belastet werden.

Wie die Kopfsteuer wirken wird, das kann man sich leicht vorstellen. Die Steuer soll in gleicher Höhe erhoben werden ohne Rücksicht darauf, ob das Einkommen hoch oder niedrig ist, ob es sich um eine Heimarbeiterin oder einen Millionär handelt, ohne Rücksicht darauf, ob jemand nur für sich selbst zu sorgen hat oder eine zahlreiche Familie unterhalten muss. Der Landarbeiter, der jetzt bereits Lohnsteuer zahlt, während sein reicher Gutsbesitzer sich der Einkommensteuer entzieht, wird künftig von seinem geringen Lohn und bei seiner kargen Lebenshaltung ebenso hoch besteuert werden wie der Gutsbesitzer, der im Frühjahr an die Riviera, im Sommer an die Nordsee und im Winter nach Ägypten oder nach St. Moritz zur Erholung reist. Es scheint sogar, als ob selbst der Arbeitslose, der Kleinrentner, der Kriegsbeschädigte, der Unfall- und Invalidenrentner von dieser brutalen Steuer mit erfasst werden soll.

Die Urheber des allerneuesten Regierungsprogramms haben nie einen Zweifel daran gelassen, was ihre wirklichen Absichten mit dieser sonst nur in afrikanischen Kolonien erhobenen Negersteuer sind. Sie wollen damit die politische Gleichberechtigung in den Gemeinden zerstören, sie wollen die unteren Volksschichten um die Früchte des allgemeinen Wahlrechts betrügen, sie wollen den alten Zustand wiederherstellen, in dem die Grösse des Geldsacks das Mass des politischen Einflusses bestimmte. Sie werden damit eine Verschärfung des politischen Kampfes erreichen, von der sie heute kaum eine Vorstellung haben. Diese Negersteuer ist von viel grösserer und viel schlimmerer Wirkung als die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine, mit der die Regierung Brüning sich zum ersten Male an die Reaktion verschachert hat. Und wenn damals der Zentrumsabgeordnete Schlack die Regierung seines Parteifreundes Brüning als die reaktionärste seit der Revolution bezeichnete, so wird dieses Wort nun aus Millionen Kehlen im ganzen Deutschen Reiche zurückschallen.

In jeder kommenden politischen Auseinandersetzung wird diese Negersteuer die entscheidende politische Rolle spielen. Noch hat sie der Bürgerblock nicht unter Dach und Fach gebracht. Aber selbst wenn es Herrn Dr. Brüning in halber Gemeinschaft mit Herrn Hugenberg gelingen sollte, so ist das nur der Anfang und nicht das Ende des Kampfes. Eine Steuer, die jeder sozialen Erwägung entbehrt, die den Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt, die die politische Gleichberechtigung antastet, wird von der Sozialdemokratie nie geduldet, sondern immer aufs schärfste bekämpft werden. Für oder gegen die Kopfsteuer, das wird die Losung sein, an der sich die politischen Geister zu scheiden haben.

SPD. London, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein wichtiges Ereignis in der gegenwärtigen ausserordentlich gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage des britischen Weltreiches ist die am Mittwoch durch den Mund des indischen Vizekönigs bekannt gegebene Stellungnahme der Arbeiterregierung zum Simon-Bericht und dadurch zum gesamten indischen

Problem. Die Rede Lord Irvins vor dem indischen Parlament beweist die Entschlossenheit der Labourregierung, sich trotz allen konservativen und liberalen Widerständen nicht irre machen zu lassen in der Erkenntnis, dass nur Taten und keine leeren Redensarten eine Wendung in Indien und eine Verständigung mit dem indischen Volk herbeiführen können. Es ist eine solche Tat vielleicht noch keine genügende, wenn Lord Irvin im Namen der englischen Regierung feierlich verkündet :

"Nach sehr sorgfältigen Überlegungen hat die englische Regierung entschieden, dass die kommende englisch-indische Konferenz in voller Freiheit ihre Entscheidungen treffen und ihre Aufgabe lösen soll, unbehindert von den Vorschlägen der Simon-Kommission. Das Wort, das die englische Regierung bereits im vergangenen November ausgesprochen hat, bleibt bestehen: der Dominionstatus ist selbstverständlich die Vollendung in der konstitutionellen Entwicklung Indiens. Die englische Regierung ist der Überzeugung, dass es durch die im Oktober in London stattfindende englisch-indische Konferenz möglich sein wird, jene Lösungen zu finden, die von beiden Ländern und ihren Parteien in Ehren angenommen werden können. Die englisch-indische Konferenz soll kein Diskutierklub sein, sondern eine Versammlung der beiden Völker, und welches auch die Beschlüsse der Konferenz sein mögen, sie werden die Basis jener Vorschläge sein, die später von der englischen Regierung dem Parlament zur Annahme vorzulegen sind. Die Vorschläge der Simon-Kommission, ein so wichtiger Beitrag sie auch zu einem so schwierigen Problem sein mögen, diese Vorschläge hatten nicht den Zweck, die Entscheidung der Regierung vorwegzunehmen."

Lord Irvin forderte dann das indische Volk zur Mitarbeit auf, damit das konstruktive Werk der indischen Verfassung vollendet werden könne. Nicht Gesetzesüberschreitungen und auch kein Wunder könne dem indischen Volk die Freiheit bringen, sondern nur die gemeinsame Arbeit der beiden Völker. Zwei Wege sind offen, heisst es am Schlusse der Kundgebung. Der eine führt zur Uneinigkeit, zum Aufruhr und zu enttäuschten Erwartungen. Der andere Weg wird uns zu jenem Indien leiten, das ein stolzer Partner im freien Wettbewerb der Nationen sein soll. Indien hat danach zu wählen.

Die englischen Abendzeitungen vom Mittwoch begnügen sich mit der kommentarlosen Wiedergabe der Rede. Dass sie in den extremen Lagern in England und Indie Kritik und Widerstand findet, ist selbstverständlich. Auch ein Teil der englischen Liberalen dürfte unzufrieden sein. Die englische Arbeiterschaft und ihre Organisationen hingegen werden die Kundgebung der Labourregierung aufatmend begrüßen. Die Vorschläge der Simon-Kommission hatten das Tor, das zur englisch-indischen Konferenz führen sollte, krachend zugeschlagen. Die Arbeiterregierung hat es durch die Rede des indischen Vizekönigs neu, wenn vielleicht auch noch nicht weit genug geöffnet. Aber der Weg zum Frieden und zur Verständigung ist wieder sichtbar geworden. Hoffentlich nicht zu spät!

SPD. London, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

In einer von 70 Abgeordneten besuchten Fraktionssitzung der Labour-Party trug der Chef des englischen Admiralstabes, Alexander, seine Gründe für die beantragten Schiffersatzbauten vor. Der Admiral stiess in der Debatte auf eine heftige, von Kennworthy geführte Opposition. 23 Abgeordnete stimmten für eine Entschliessung, die das Marineersatzprogramm und damit die Bewilligung der angeforderten Mittel ablehnt.

SPD. Der von der Reichsregierung ausgearbeitete und von den Regierungsparteien als Initiativantrag im Reichstag einzubringende Entwurf über die Kopf- oder Hottentottensteuer hat folgenden Inhalt :

Die Gemeinden erheben eine Bürgersteuer nach Massgabe der folgenden Vorschriften: Steuerpflichtig ist, wer in der Gemeinde wahlberechtigt ist. Wer in

mehreren Gemeinden wahlberechtigt ist, ist in jeder dieser Gemeinden steuerpflichtig. Die Steuer darf nicht erhoben werden von Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind; bei denen die Ausübung des Wahlrechts ruht; die rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind; die seit einem Monat vor dem im Gesetz bezeichneten Stichtag laufend öffentliche Fürsorge genießen. Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats weitere Personenkreise von der Steuerpflicht zu befreien. Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern kraft eigenen Rechts bestimmt. Dabei darf für das Rechnungsjahr kein niedrigerer Steuersatz bestimmt werden, als 6 RM; bei Personen, die der Lohnsteuer nicht unterliegen, darf der Satz nicht weniger als 3 RM betragen. Für Ehegatten darf der Satz nicht bis auf weniger als das $1\frac{1}{2}$ fache der in Satz 2 bezeichneten Sätze festgesetzt werden. Eine Staffelung der Sätze ist ausgeschlossen. Massgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 1. Oktober eines jeden Jahres. Das ist das Datum der allgemeinen Personenaufnahme.

Bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes darf in einer Gemeinde die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbsteuer

1) mit mehr als 100 v.H., jedoch nicht mehr als 150 v.H. des Landesdurchschnitts nur dann erhoben werden, wenn für das gleiche Rechnungsjahr ein Zuschlag von 50 v.H. zur Bürgersteuer erhoben wird,

2) mit mehr als 150 v.H., jedoch nicht mehr als 200 v.H. des Landesdurchschnitts nur dann erhoben werden, wenn für das gleiche Rechnungsjahr ein Zuschlag von 100 v.H. zur Bürgersteuer erhoben wird;

3) mit mehr als 200 v.H. des Landesdurchschnitts nur dann erhoben werden, wenn für das gleiche Rechnungsjahr ein Zuschlag von 150 v.H. zur Bürgersteuer erhoben wird.

Die Landesregierung bestimmt die Höhe des Landesdurchschnitts der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbsteuer.

Für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes wird die Verkoppelung der Zuschläge zur Bürgersteuer mit der Höhe der Realsteuersätze durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt werden.

Vom 1. April 1931 ab ist das Aufkommen an Bürgersteuer von der Gemeinde zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Massgebend für die Senkung sind die am 1. Juli 1930 geltenden Gemeindesteuersätze, von diesen Steuersätzen ist der Betrag abzuziehen, der dem voraussichtlichen Aufkommen an Bürgersteuer des Rechnungsjahres entspricht. Die Landesregierung bestimmt, in welchem Verhältnis zueinander die Gemeindegrundsteuer und die Gemeindegewerbsteuer zu senken ist.

Die Länder oder nach näherer Massgabe des Landesrechts die Gemeinden bestimmen die Fälligkeit und die Art der Einziehung der Bürgersteuer. Die Verwaltung der Bürgersteuer obliegt ausschliesslich den Gemeinden. Eine Übertragung der Verwaltung auf die Reichsfinanzbehörden ist nicht zulässig; eine Einhebung im Wege des Steuerabzugs vom Arbeitslohn findet nicht statt. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1930 in Kraft. Für das Rechnungsjahr 1930 werden die Bürgersteuer sowie die Zuschläge zur Bürgersteuer in voller Höhe erhoben.

SPD, Dresden, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten erklärten in den am Mittwoch geführten Verhandlungen der Rechtsparteien über die Regierungsbildung, dass sie auf die Besetzung des Ministerpräsidiums, das kürzlich noch von Hitler für seine Partei beansprucht wurde, verzichteten. Sie wollten das Ministerium des Innern und das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium besetzen. Das seien jedoch Kardinalforderungen, von denen sie nicht abgehen würden.

SPD. Neurode/Schl, 9. Juli (Eig. Draht)

Auf dem Kurtschacht in Hausdorf im Neuroder Kohlenrevier ereignete sich am Mittwoch gegen $\frac{1}{2}$ 6 Uhr ein entsetzlicher Kohlendäureausbruch von bisher nicht gekanntem Ausmass. 2 Abteilungen mit insgesamt 200 Mann wurden von der Luft völlig abgeschlossen. Eine Stunde nach der Katastrophe wurden bereits 18 Tote geborgen. Die Grösse des Unglücks liess sich bis 8 Uhr abends noch nicht übersehen.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages ging am Mittwoch an die Beratung der Novelle zur Krankenversicherung. Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium hob die hohe Belastung der Kassen durch die Aerzte hervor. Wenn die Zahl der Kassenärzte auf das erforderliche Mass beschränkt werde, bleibe immer noch ein Jahreseinkommen für den Arzt in Höhe von 18 000 Mark. - Abg. Trossmann (Bayer.V.) äusserte Bedenken darüber, dass durch den Abbau der Krankenversicherung das Doppelte dessen eingespart werden soll, was die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung aus mache. - Abg. Agens (Dn) wandte sich gegen den Entwurf, soweit er eine Neuregelung der Aerztefrage erstrebt.

Abg. Müller-Lichtenberg (Soz.) erklärte, es sei falsch, Arbeitslosen- und Krankenversicherung augenblicklich zu einer Gefahrengemeinschaft zu verkoppeln. Der wichtigste Teil des Entwurfs sei die Arztfrage. Wenn hier durchgegriffen werde, erübrige sich jede andere Massnahme. Die Krankenkassen habe man zu einer Versicherung der Aerzte gemacht. Die freie Arztwahl habe sich zu einem Uebel entwickelt; die feste Anstellung von Kassenärzten werde über alle Misstände hinweghelfen. Mit Krankenscheingebühr usw. würden nicht die Ausnutzer der Kassen, sondern die ehrlichen Arbeiter getroffen. Die Sozialdemokratie sei mit der Errichtung eines Hauptausschusses einverstanden, wenn es sich entsprechend den Beitragsquoten aus den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetze.

Abg. Thiel (D.V.) meinte, das Ideal des Heilwesens liege darin, dass der Arztberuf ein freies Gewerbe bleibe, Abg. Becker Arnsberg (Ztr.) hielt die im Entwurf vorgesehenen Massnahmen gegen asoziale Härte für völlig unzureichend. Es gehe nicht an, alle Ersparnisse auf Kosten der Versicherten zu machen.

Abg. Litke (Soz.) wandte sich dagegen, dass die Heilbehandlung zu einer Angelegenheit des Gelderwerbs gemacht wird. Die Tätigkeit der Krankenhausärzte und der Gemeindeärzte habe gezeigt, dass beamtete Aerzte sehr Grosses leisten können. Das System der Vertrauensärzte sei notwendig, doch müssten diese Aerzte unabhängig gemacht werden. Durch die Einführung des Medizinscheines könne jeder Tag der Verzögerung bei der Inanspruchnahme des Arztes, insbesondere bei ansteckenden Krankheiten, grösste Gefahren hervorrufen. -

Die Einzelberatung wurde auf Donnerstag vertagt.

SPD. Stockholm, 9 Juli (Eig. Drahtb.)

Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress wurden am Mittwoch vier grosse Referate über das Wirtschafts- und sozialpolitische Programm, über die Abrüstung und die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie erstattet.

Wilhelm Eggert vom DGB legte dem Kongress die Richtlinien für die zukünftige Wirtschaftspolitik des JGB vor, wobei er einleitend darauf hinwies, dass er nur als Stellvertreter des kranken Berichterstatters Leipart spreche. Eggert betonte die Notwendigkeit, sich auf dem Stockholmer Kongress für ein gemeinsames weltwirtschaftliches Programm zu entscheiden. Das rasche Wachsen der Gewerkschaftsbewegung bringe eine Erweiterung des Aufgabenkreises mit sich. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo der JGB sich nicht mehr nur mit sozial-

politischen Fragen beschäftigen dürfe, sondern auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine klare Stellung einnehmen müsse. Die letzten Jahre hätten eine gänzliche Veränderung des Wirtschaftslebens gebracht. In der Beurteilung der eigentlichen Ursachen der jetzigen allgemeinen Schwierigkeiten weiche jedoch die "Gewerkschaftsbewegung von der Einstellung der bürgerlichen Nationalökonomie" ab: "Woran die Welt leidet, das ist nicht die Ueberproduktion, sondern Unterverbrauch." Ziel der internationalen Aktion müsse es daher sein, die Konsumtionsfähigkeit der einzelnen Länder zu erhöhen. Ein einheitliches Vorgehen der verschiedenen Landesgewerkschaften sei erforderlich, jedoch in dem Sinne, dass nationale Eigenheiten berücksichtigt bleiben. Wichtige Forderungen für die Erreichung des gemeinsamen Zieles seien die Errichtung einer internationalen, etwa dem Völjerbund angeschlossenen, Schiedsinstanz in wirtschaftlichen Fragen wie z.B. für Handelskriege, Kartelle- und Trustfragen.

Mertens-Belgien unterbreitete dem Kongress einen vorläufigen Entwurf für ein sozialpolitisches Programm des JGB. Er hob hervor, dass sozialpolitische Massnahmen auf einer grossen Reihe von Gebieten erforderlich seien. Um jedoch einen Anfang zu machen, wolle er die Frage der Arbeitszeit besonders herausgreifen. Von der Buchbindergewerkschaft sei eine Anregung ergangen, die Festsetzung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden zu erstreben. Dies sei gewiss im Sinne der internationalen Gewerkschaftsbewegung, ja bei fortschreitender Rationalisierung könne sich auch diese Arbeitsdauer als zu lange erweisen und man werde vielleicht im Laufe der Zeit zu einem sechsständigen Arbeitstag gelangen. Die prinzipielle Frage müsse jedoch von der taktischen geschieden werden. Im Augenblick glaube er, dem Kongress eine 44 stündige Wochenarbeit als vorläufiges Ziel vorschlagen zu müssen. Man dürfe hoffen, dass allmählich ein Angleichen der Arbeitsdauer in Ländern wie Indien, in denen trotz des Washingtoner Abkommens noch teilweise 10 bis 12 Stunden pro Tag gearbeitet werde, an die verminderte Arbeitsdauer der europäischen Staaten stattfinden werde.

Die Deutschland ganz besonders interessierende Frage Abrüstung und Frieden wurde von Léon Jouhaux-Frankreich behandelt. Er erklärte unter Hinweis auf Artikel 8 des Versailler Vertrages, wonach die Alliierten-Staaten der Abrüstung Deutschlands und Oesterreichs zu folgen haben, dass diese Folgerung bisher keineswegs gezogen sei. Der gegenwärtige Zustand könne nicht anders als unerträglich bezeichnet werden. Offenbar gebe es zwei Arten von Frieden, den bewaffneten und den wirklichen Friedenszustand. Bis jetzt lebten wir im erstgenannten. Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung müsse es sein, zusammen mit der politischen Organisation der internationalen Arbeiterschaft den zweiten Zustand zu erzwingen. Dies könne geschehen durch Ueberwachung der Rüstungsindustrien und Verhinderung des Waffenschmuggels. Die Verwirklichung dieser Forderungen sei eine Notwendigkeit für die gesamte Menschheit.

Das letzte grosse Referat: Die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie wurde von G. Hicks-Grossbritannien gehalten. Hicks betonte, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung sich der grossen Gefahren, die Diktatur und Reaktion für ihre Ziele bedeuten, bewusst sein müsse. Diktatur, einerlei, ob sie aus Rom oder Moskau komme, sei ihren Bestrebungen entgegengesetzt und müsse abgelehnt werden. Die Geschichte warne die jetzigen Machhaber; weder Gewalt noch andere Unterdrückungsversuche könnten die Arbeiterbewegung niederzwingen. Diktatur bringe nicht die besten Charaktere ans Licht, sondern Spione und Angeber. Ziel der internationalen Gewerkschaftsbewegung müsse es sein, Versammlungsfreiheit, Freiheit des Zusammenschlusses und wenn erforderlich, auch Streikfreiheit in der Welt zu erzwingen. Man müsse sich deshalb in Stockhol, auf energische Massnahmen einigen. Hicks schloss: "Was wir wollen, ist die Befreiung der Massen von der Herrschaft der Wenigen."

Als erster Diskussionsredner sprach J. Bromley-Grossbritannien. Er forderte in der Abrüstungsfrage eine scharfe und praktisch bedeutungsvolle Entschliessung sowie eine Antwort auf die wichtige, bisher noch unbeantwortete Frage, was aus den Arbeitern werden soll, die die Rüstungsarbeit verweigern und deshalb brotlos werden. - Buozzi-Italien verlangte, dass das

Diktaturproblem in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt werde; denn es sei gegenwärtig die Kernfrage Europas. An allen Enden des Erdteils zeigten sich Reaktionserscheinungen und die Erfahrung der italienischen Arbeiterschaft habe mit unheilvoller Deutlichkeit gelehrt, dass errungene demokratische Fortschritte nur allzuleicht wieder entrissen werden können, wenn die Arbeiter nicht wachsam genug seien. In jüngster Zeit sei es der italienischen Gewerkschaftsbewegung erfreulicherweise gelungen, sich von den schweren Schlägen etwas zu erholen. Buozzi bat schliesslich um die Sympathien des Kongresses für die mit grossen Schwierigkeiten kämpfende italienische Gewerkschaftsbewegung.

Weiterberatung Donnerstag.

SPD, Bochum, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Schadenersatzklage des Arbeitgeberverbandes Nordwest gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband wegen angeblicher Verletzung der Friedenspflicht richtet sich nicht gegen die Bezirksleitung in Essen, sondern auf Grund der neuen Bestimmungen des Oeynhausener Schiedsspruchs, nach dem die Zentralverbände Tarifträger sind, gegen den Gesamtverband. Der Vorstand des DMV hat von der Absicht der Unternehmer, die Frage der Friedenspflicht grundsätzlich zu klären, bereits Kenntnis erhalten. Die Unternehmer stützen ihre Klage auf ein angebliches Schreiben eines Funktionärs des DMV an eine Werksleitung, in dem es heissen soll, er, der Funktionär, habe die Leute zum Streik aufgefordert.

SPD. Die Demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: "Die Fraktion hat sich am Mittwoch-Abend mit den ergänzenden Vorlagen zum Deckungsprogramm beschäftigt. Die Fraktion kann vorbehaltlich aller Einzelheiten an weiteren Verhandlungen über das Deckungsprogramm nur teilnehmen, wenn dem jetzigen Programm eine Vorlage über eine Alkohol-Gemeindeverzehrssteuer hinzugefügt wird. Die demokratische Reichstagsfraktion hält einmal die jetzige Vorlage im Hinblick auf die Sanierung der Gemeindefinanzen nicht für ausreichend, sie kann es aber auch nicht verantworten, eine Kopfsteuer einzuführen, ohne den Alkohol zu belasten."

SPD. Riga, 9. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen der deutsch-russischen Schlichtungskommission sind nach vierwöchentlicher Dauer abgeschlossen worden. Der Text des gemeinsamen Berichts wird in den nächsten Tagen formuliert werden.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei fasste am Mittwochabend folgenden Beschluss :

"Die Fraktion der Deutschen Volkspartei erkennt an, dass die nunmehrige Umgestaltung der Deckungsvorlagen der Reichsregierung wesentliche Verbesserungen aufweist, die in der Einführung der Bürgerabgabe, in der Änderung des § 163 der Arbeitslosenversicherung und in der Ermöglichung weitere Ersparnisse im Etat bestehen.

Mit der Führung der weiteren Verhandlungen ist Dr. Scholz beauftragt worden."

SPD, Neurode i.Schl., 9.Juli (Eig.Dr.)

Die Kohlensäure-Katastrophe auf dem Kurt-Schacht in Hausdorf im Neuroder Kohlenrevier hat bis Mittwoch abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bereits 50 Tote gefordert, Man befürchtet, dass die übrigen noch eingeschlossenen 50 Bergarbeiter ebenfalls nur tot geborgen werden können,

Die Gesamtbelegschaft der 2. und 3.Sohle, wo sich die Katastrophe ereignete, betrug 191 Mann,

(Schluss des politischen Teils, - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Erinnerungen an Schweidnitz.

Von Otto Landsberg M.d.R.

SPD. Die Zeitungsnachrichten über die Begründung, mit der die Strafkammer in Schweidnitz ihr Urteil im Landfriedensbruchprozess gegen die Nationalsozialisten versehen hat, haben nicht gerade angenehme Erinnerungen an eine Strafsache in mir wachgerufen, in der ich vor 5 Jahren vor dem Schöffengericht in Schweidnitz zusammen mit meinen Parteifreunden Brandmann, Radbruch und Bärensprung 39 Reichsbannermitglieder verteidigt habe. Sie sollten sich bei einem Zusammenstoß mit Stahlhelmen des Landfriedensbruches schuldig gemacht haben. Damals hatte ich den Eindruck, vor einem Gericht zu stehen, das dem Stahlhelm seine Gunst schenkte. Ob man einen Fortschritt darin zu erblicken hat, dass die Sympathien des jetzt tätig gewordenen Gerichts Herrn Hitler zu gehören scheine, lasse ich dahingestellt. Die Nationalsozialisten hatten in Schweidnitz Glück; sie wurden von der Anklage des Landfriedensbruches freigesprochen. Die Reichsbannerleute waren Pechvögel, denn 23 von ihnen wurden damals wegen Landfriedensbruches mit Strafen, die von 3 Monaten bis zu 2 Jahren Gefängnis gingen, belegt. Es gereicht mir zur Genugtuung, mitteilen zu können, dass das Amnestiegesetz von 1925 sie vor der Notwendigkeit bewahrt hat, ihre Strafen zu verbüßen.

Mir liegt es fern anzunehmen, dass die Mitglieder des Schweidnitzer Gerichts in jenem Falle von vor 5 Jahren das Recht gebeugt haben, aber ich habe selten ein solches Mass von Unfähigkeit, sich in Anschauungen anderer Menschen zu versetzen und sich von eigenen, vorgefassten Meinungen freizumachen, erlebt wie bei den Menschen, die dazu berufen waren, in jener Sache als Richter zu fungieren. Die beiden Schöffen waren die Witwe eines Erbscholtiseibesitzers und ein Gutsbesitzer. Die Schöffin, die das Abzeichen des Königin Luise-Ordens um den Hals trug, machte auf der ihr vorliegenden Liste der Zeugen einen Strich hinter dem Namen eines jeden von ihnen, der auf die Frage des Vorsitzenden erklärte, er wolle den Eid in der weltlichen Form leisten. Wahrscheinlich erachtete sie diese Zeugen für besonders glaubwürdig. Wir Verteidiger brachten durch Vermittlung des Staatsanwalts diese Tatsache, die dem Vorsitzenden merkwürdigerweise verborgen geblieben war, zu seiner Kenntnis. Er scheint es indessen nicht für nötig gehalten zu haben, der Dame die Unzulässigkeit ihres Tuns vor Augen zu führen, denn sie setzte es weiter fort. Von den rechtsgelehrten Richtern hatte der eine zu den Akten angezeigt, er habe einmal an einer Veranstaltung des Stahlhelms teilgenommen und habe an dem, was er dort gehört und gesehen habe, solches Wohlgefallen empfunden, dass er um Aufnahme nachgesucht habe; er habe aber später an die Möglichkeit gedacht, dass er im Falle von Konflikten zwischen Stahlhelm und gegnerischen Organisationen als Richter in eine üble Lage geraten könne, und habe deshalb sein Aufnahmegesuch zurückgezogen. Für befangen halte er sich nicht. Wir Verteidiger sind uns darüber einig geworden, von der Ablehnung dieses ahnungsvollen Mannes Abstand zu nehmen, weil wir uns darüber klar waren, dass jeder seiner Kollegen, der an seine Stelle getreten wäre, die gleichen Sympathien für den Stahlhelm gehabt hätte wie er, ohne dass auch jeder andere sie eingestanden hätte.

Den Gegenstand der Anklage bildete ein blutiger Zusammenstoß zwischen Stahlhelm und Reichsbanner, der sich bei einer Veranstaltung des ersteren in Striegau ereignet hatte. Er hätte meiner Meinung nach vermieden werden können und müssen und ich spreche die Reichsbannerleute von Schuld nicht frei. Daran ist aber nicht der geringste Zweifel möglich, dass nicht nur von ihnen, sondern von beiden Seiten gesündigt worden ist, und dass es auf beiden Seiten Heisssporne gegeben hat, die die Gelegenheit zu einer Schlägerei gerne benutzt haben. Und da war es bezeichnend, dass die sämtlichen in Betracht kommenden öffentlichen Gewalten einfach blind waren für die Mitverantwortlichkeit der Stahlhelmlaute und die ganze Schuld den Angeklagten und ihnen allein zuschoben. Von der Polizei in Striegau will ich gar nicht sprechen. Wer kann einem ehemaligen

Unteroffizier Vorwürfe darüber machen, dass er aus seiner Haut nicht heraus kann, dass er z.B. die Aufforderung, den Stahlhelmen den Gebrauch einer verbotenen Fahne zu verbieten, mit Schimpfworten beantwortete, wenn geschulte Juristen, deren Rechtsgefühl im Stande sein müsste, sie vor Einseitigkeit zu bewahren, die Dinge gleichfalls nicht objektiv betrachten können. Die Staatsanwaltschaft hatte von vornherein die Untersuchung lediglich gegen die Reichsbannerleute geführt.

Erst in der Hauptverhandlung stellte sich aber heraus, dass der erste Angriff einer zusammengerotteten grösseren Schar von Leuten vom Stahlhelm, Ortsgruppe Liegnitz, ausgegangen war, der nach einigen unbedeutenden Rempelen zwischen Einzelpersonen zur Attacke übergegangen war. Die Tatsache, dass dieser Vorstoss die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruches hatte, musste auch der Vertreter der Staatsanwaltschaft zugeben. Wie rechtfertigte er die Nichterhebung der Anklage? Damit, dass die Liegnitzer Stahlhelmer in Striegau unbekannt gewesen seien, sodass man ihre Namen nicht habe feststellen können. Dass jeder Verein Listen seiner Mitglieder hat, und dass das Vorliegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung die Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme des Verzeichnisses der Mitglieder des Liegnitzer Stahlhelms berechtigt hätte, scheint dem Oberstaatsanwalt in Schweidnitz nicht zum Bewusstsein gekommen zu sein. Die Aussage eines Entlastungszeugen namens Wollny schien der Staatsanwaltschaft verdächtig zu sein. Sie kündigte sofort während der Verhandlung an, dass sie gegen den Zeugen ein Verfahren wegen Meineides eingeleitet habe. Zwei Stahlhelmführern wurden starke Verstösse gegen die Wahrheit nachgewiesen. Der eine von ihnen, der Striegauer Stahlhelmleiter Koch, bekundete mit aller Bestimmtheit, dass der Hauptangeklagte, Reichsbannermann Müller mit einer Wagendeichsel nach einem im Zuge einhergehenden Stahlhelmer geworfen habe. Als dann dieser Stahlhelmer selbst auf dem Zeugenstand erschien, erklärte er, der Wurf sei von einem ganz anderen Manne ausgegangen. Koch blieb gleichwohl bei seiner Bekundung und beschwor sie. Ein anderer Stahlhelmer, ein mittlerer Gerichtsbeamter, namens Veith aus Steinau bekundete, ein Beamter in dem benachbarten Orte Steinau habe ihm mitgeteilt, bei einer ähnlichen Veranstaltung sei einer der Angeklagten ihm in höchstem Masse renitent gegenübergetreten. Wir Verteidiger beantragten die Ladung dieses Beamten, und es stellte sich heraus, dass an der Bekundung Veith's kein wahres Wort war. Weder hatte der bezichtigte Angeklagte sich gegen ihn widerspenstig benommen, noch hatte er darüber dem Veith eine Mitteilung gemacht. Von einer Untersuchung wegen Meineides, die die Schweidnitzer Staatsanwaltschaft gegen Koch und Veith eingeleitet hätte, ist nichts bekannt geworden. Ein harmloser Striegauer Arbeiter Lissel war von den Stahlhelmen in geradezu grauenhafter Weise misshandelt worden. Um sich zu rechtfertigen behaupteten die Subjekte, der Geschlagene habe vorher eine Schusswaffe abgefeuert. Er selbst und sein Begleiter bestritten dies auf das entschiedenste. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen ihn noch während der mehrere Wochen dauernden Hauptverhandlung den Erlass eines Strafbefehls wegen Gebrauchs einer Schusswaffe. Das Hauptziel der Staatsanwaltschaft war, die Verurteilung des angeblichen Organisators des Landfriedensbruches, des Lehrers Geburt aus Gräben, zu erzielen. Durch eine grosse Zahl von Zeugenaussagen wurde bewiesen, dass dieser Mann nicht gehetzt und geschürt, sondern sich mit grösstem persönlichen Mut für die Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt hatte. Das hielt die Staatsanwaltschaft nicht davon ab, gegen ihn eine hohe Gefängnisstrafe zu beantragen; ihre Vertreter meinten, Geburt habe sich durch seine Schlichtungsversuche nur ein Alibi sichern wollen. Das Gericht vermochte ihnen allerdings hierin nicht zu folgen, sondern sprach Geburt frei. Aber im grossen ganzen war das Gericht ebenso eingestellt wie die Staatsanwaltschaft.

Es war nicht zu leugnen, dass die Stahlhelmer von vornherein zu einem Zusammenstoss mit den Striegauer Arbeitern entschlossen waren, und sich darauf durch Mitnahme aller möglichen Waffen vorbereiteten. Es war ferner erwiesen, dass aus Stahlhelmkreisen Morddrohungen gegen den beim Stahlhelm besonders

verhassten republikanischen Lehrer Geburt ausgestossen worden waren. Und da war es für uns Verteidiger geradezu niederdrückend, dass wir sehen mussten, wie sich die Richter förmlich mit Gewalt dagegen auflehnten den die Stahlhelme belastenden Zeugenaussagen Glauben zu schenken. Wenn die Stahlhelmer aus Handgranaten, die einwandfreie Zeugen in ihrem Besitz gesehen hatten, Bierflaschen machten, fanden sie ohne weiteres bei Gericht Glauben; und als ein Zeuge bekundete, dass er bei den Stahlhelmern Gummiknüppel gesehen habe, fragte ihn jener Richter, der einst um die Aufnahme in den Stahlhelm nachgesucht hatte, ob es nicht kleine Flöten gewesen sein könnten. Ganze Tage der Verhandlung wurden damit ausgefüllt, aufzuklären, ob den sozialdemokratischen Landrat des Striegauer Kreises Daubenthaler eine Verantwortung für die Anklagevorgänge treffe. Wir Verteidiger fragten uns vergebens, was diese Untersuchung mit der Anklage zu tun habe, da Daubenthaler nicht etwa unter den Angeklagten war. Erst kurz vor Schluss der Verhandlung erhielten wir die Aufklärung. Der Stahlhelm hatte am Tage nach den Striegauer Vorfällen ein geheimes Schreiben versandt, in dem er seine Anhänger u.a. aufforderte, alles Material heranzutragen, das sich gegen Daubenthaler ermitteln lasse, damit seine Entfernung aus dem Amte herbeigeführt werden könne. Und dieses Ziel des Stahlhelms suchten Staatsanwaltschaft und Gericht zu fördern. Der Stahlhelmer Oberlehrer Baier aus Liegnitz erdreistete sich, in seiner Aussage von den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gelb zu sprechen. Ich fuhr ihm gehörig über den Mund, worauf er sagte: "Oder Schwarz-Rot-Gold." Als ich den Vorsitzenden, es war derselbe, der in erster Instanz den Prozess gegen die Nationalsozialisten geleitet hatte, ersuchte, dem Zeugen eine Rüge zu erteilen, erwiderte er milde: "Er hat sich ja schon berichtigt."

Ich habe Schweidnitz nach Beendigung der Verhandlung mit dem Gefühl unsagbarer Bitterkeit verlassen und ich hoffe, dass es mir erspart sein wird, noch einmal zur Ausübung meiner Berufstätigkeit in das hübsche schlesische Städtchen zurückzukehren, wenigstens so lange bis die Justizverwaltung dafür gesorgt hat, dass die Rechtsprechung auch in Schweidnitz von Männern ausgeübt wird, die imstande sind, die erste Pflicht des Richters zu üben, die Unparteilichkeit!

SPD. Des Sozialdemokratische Ausschuss des Reichstages nahm am Mittwoch folgende von den Regierungsparteien vorgelegte Entschliessung zur Krisenfürsorge einstimmig an:

1.) Den Erlass über den Personenkreis und die Dauer der Krisenunterstützung vom 29. Juni 1929 der inzwischen eingetretenen allgemeinen Verschlechterung des Arbeitsmarktes anzupassen; 2.) alsbald grössere Mittel für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge bereitzustellen und bei der Heranziehung zu diesen Arbeiten in stärkerer Weise als bisher die Krisenunterstützungs- und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungsempfänger zu berücksichtigen; 3.) bei der Zuerkennung der Krisenunterstützung die Träger der gemeindlichen Fürsorge zu hören; 4.) unter Mitwirkung der Länder Massnahmen zu einem Ausgleich unter den Gemeinden zur Aufbringung der Lasten der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung zu ergreifen mit dem Ziele der Entlastung derjenigen Fürsorgeverbände, deren Lasten infolge der hohen Erwerbslosenziffer dauernd wesentlich über dem Reichsdurchschnitt liegen.

SPD. Bombay, 9. Juli (Fig. Drahtber.)

In Gudiatham, 100 Meilen von Madras entfernt, wollte die Polizei am Mittwoch einige Gesetzesverletzer verhaften. Dabei kam es zu Kämpfen mit den herbeigesilten Volksmassen, die die Polizei mit Steinen bewarfen. Die Polizei machte schliesslich von ihre Waffen Gebrauch. Ein Demonstrant wurde getötet und 12 wurden schwer verletzt.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD., Berlin, 9. Juli (Eig. Bericht)

Die Regierungsparteien verhandelten am Mittwoch noch eifrig über eine Einigung zu den Deckungsvorlagen. Infolgedessen hielten sie sich bei der Aussprache über den Haushalt des Reichsfinanzministers zurück. Die Reichstags-sitzung war deshalb nur von kurzer Dauer.

Das Haus genoss zunächst eine halbe Stunde lang eine Rede des nationalsozialistischen Finanztheoretikers Feder. Er verlas stotternd und holprig einen Vortrag, den er sich zu Hause aufgeschrieben hatte. Ironische Zurufe aus den Reihen der Linken brachten ihn noch mehr aus dem Konzept. Er bewegte sich in den ausgefahrensten Bahnen der Deamgogie. So versuchte er den Nachweis, dass die Massensteuern in der Republik höher wären als vor dem Kriege. Das ist richtig, nur unterschlug Herr Feder - ob aus Unkenntnis oder aus bösem Willen, sei dahingestellt - die Tatsache, dass die Sozialaufwendungen in noch wesentlich höherem Masse gestiegen sind. Hat überhaupt ein Nationalsozialist Ursache, über Massenbesteuerung zu klagen? Keineswegs, denn eben erst hat der Putschist Frick in Thüringen die Kopfsteuer als rohste und ungerechteste Massenbelastung eingeführt. Wenn der Bürgerblock dieselbe Steuerart im Reiche gegen die Stimmen der Sozialdemokratie durchführt, können sich die Aermsten der Armen bei den Nationalsozialisten bedanken, die für die Kopfsteuer Bahn gebrochen haben.

Der Volksrechtsparteiler Dr. Best, selbst ein höherer Beamter, hatte den Geschmack, gegen das Beamtennotopfer zu reden. - Einen Abbau der Ueberzahl von Finanzbeamten verlangte der deutschnationale Abgeordnete Schmidt. - Der Kommunist Torgler benutzte die Gelegenheit, den Fall Moldenhauer zur Sprache zu bringen. Es sei das Schamloseste, was man sich denken könne, dass ein Minister, der Gehalts-, Lohnkürzung und Rentenherabsetzung betrieben habe, nun für sich eine Pension von 30 000 Mark im Jahre verlange. Als ein Kommunist rief: "Schamloser Lump!" kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und dem Senior der Volkspartei Dr. Kahl. Der bayerische Volksparteiler

Kling sagte, man solle die vielen jüngeren Beamten, die Nationalsozialisten seien, einfach aus dem Beamtentum hinauswerfen, dann sei man diese Rüpel los, man könne die Stellen abschaffen und so viel Geld ersparen. - Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums wurde dann in der Ausschussfassung bewilligt.

In der dritten Lesung des Brotgesetzes gab es zum § 4 eine Kampf-abstimmung mit knapper Mehrheit. Dieser Paragraph schreibt vor, dass bei dem Verkauf von Brot der Hersteller auf dem Brote das Gewicht leicht erkennbar angeben muss. Die Wirtschaftspartei und eine Gruppe von Interessenten aus dem Zentrum und der Rechten beantragte die Streichung. In namentlicher Abstimmung wurde dieser Antrag mit 185 Stimmen aller Parteien von den Nationalsozialisten bis einschliesslich der Demokraten gegen 183 der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 3 Enthaltungen angenommen. Die Schlussabstimmung über das Gesetz wurde wegen dieser knappen Mehrheit, die Irrtümer bei der Auszählung möglich macht, auf Donnerstag vertagt. Es ist zweifelhaft, ob die Feinde eines richtigen Brotgewichtes am Donnerstag ihre Mehrheit halten können. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls für die Anwesenheit jedes ihrer reise-fähigen Abgeordneten sorgen.

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung sollte die zweite Beratung des Osthilfegesetzes gebracht werden. Auf Antrag der Deutschnationalen, die mit ihrer Stellung zu dieser Vorlage noch nicht herausrücken wollen, wurde dieser Gegenstand aber abgesetzt.

W. N. Aus s. aller Welt

Oberst Lawrence, der Weltintrigant!

Lawrence als Manager des grossen Kurdenaufstandes. - Der Meisterhochstapler. - Der Monteur mit dem Korruptionsfonds. - Aman Ullahs Besieger. - Das grosse Geheimnis.

SPD. Die türkische Zeitung "Wakit" meldet, dass der berühmte Oberst Lawrence, der englische Meisterintrigant, bei dem jüngsten kurdischen Aufstand seine Hand im Spiel gehabt hat.

Oberst Lawrence ist die geheimnisvollste Figur des grossartig-raffinierten englischen Schachspiels rund um Asien. Nachdem mit der Mac Donald-Regierung eine neue Aera der Verständigung und der ehrlichen Friedensbereitschaft in der englischen Weltpolitik begonnen hat, konspirieren die abenteuerlustigen und begabten Condottieris a la Lawrence auf eigene Faust. Dieser Oberst, dem man eine fabelhafte Geschicklichkeit und ein nicht gewöhnliches Mass von psychologischer Begabung nachsagt, ist einer jener politischen Hochstapler ganz grossen Formats, die nur im Dunkeln zu arbeiten vermögen. Es gibt einen ganzen Sack von Anekdoten um diesen Mann, der es wie kein anderer versteht, als Manager des Unfriedens im Orient seine Anonymität zu wahren.

Zuerst wurde die Welt während des grossen Krieges von 1914-18 auf den Oberst Lawrence aufmerksam, als er in Palästina von sich reden machte. Dann war es eine Zeit lang still um ihn, bis er bei den China-Wirren wieder auftauchte. Hier betätigte er sich als Wegbereiter der englischen Interessen und soll einen riesigen Fonds zur korruptiven Beeinflussung der öffentlichen chinesischen Meinung zur Verfügung gehabt haben. Auch griff er als Gegenspieler der Moskauer Intrigen in den grossen Schacher um die Seele des chinesischen 400-Millionenvolkes ein.

Als Aman Ullah in Afghanistan eine energische Reformation des Landes in starker Anlehnung an Moskau und den Bolschewismus betrieb, ging der tüchtige Oberst nach Afghanistan. Hier liess er sich bei den in Opposition stehenden Bergstämmen nieder, kam mit Geld und klugen Worten in nähere Verbindung mit der einflussreichen Stammeshäuptlingen, hetzte die Geistlichen auf und organisierte den militärischen Angriff auf Aman Ullah. Während der sorglose König in Europa Honneurs machte, frass das Feuer des Aufruhrs, von dem genialen Abenteuerer Lawrence gelegt, schwelend um sich. Kurz nach der Rückkehr Aman Ullahs brach der Brand offen aus, der Reformator musste flüchten, seinen Ministern wurden die Köpfe vor die Füsse gelegt. Es war ein offenes Geheimnis, dass die afghanische Revolution einzig und allein das blutige Werk des Oberst Lawrence war.

Der Sturm der Öffentlichkeit war so bedrohlich, dass sich der Oberst wieder schleunigst in die schützenden Arme der Anonymität zurückzog. Er wurde nach England versetzt und tat dort in der englischen Armee als einfacher Monteur Dienst. Als ihn die Interviewer überrannten und um Auskunft über sein geheimnisumwittertes Arbeiten in China und Afghanistan baten, hüllte sich Lawrence in tiefes Schweigen. Er zuckte die Achseln, lächelte und sagte beharrlich: "Meine Herren, das sind ja alles Latrinengerüchte. Ich habe nie Aufstände

angezettelt und niemals gegen irgendwen intrigiert. Glauben Sie bitte nicht das, was Ihre Zeitungen schreiben." Dann ging er, mit einem schmatzigen Arbeitskittel angetan, so erzählten damals die Korrespondenten der Blätter, in den Militärschuppen zurück, in dem er arbeitete, Maschinenteile auseinander nahm und Geschützläufe reinigte. Als ihm ein Sensationsblatt das Angebot machte, für eine horrend hohe Summe seine Erinnerungen niederzuschreiben, weigerte sich Lawrence mit der Begründung, dass ihm seine vorgesetzte Behörde ein striktes Schweigegebot auferlegt habe.

+

Besucher, die ihn näher kennen gelernt haben, schildern den Meister aller politischen Hochstapler als einen etwas verschlossenen, herben und sehr vorsichtigen Mann, der, wenn er aus sich herausgeht, geistig ungemein beweglich ist. Sie rühmen seine Energie, seine Verschlagenheit, und seine hervorragende Kunst, Menschen zu behandeln und sich gefügig zu machen. Er ist gross, eine sportlich durchtrainierte Erscheinung, hat das typisch energische Kinn der Engländer und helle durchdringende Augen. Lawrence führt ein Doppelleben. Für sich selbst gewöhnlich von einer spartanisch-einfachen und diskreten Lebensweise, ist er auf seinen abenteuerlichen Reisen geradezu verschwenderisch grosszügig. Wenn er in besonderer Mission unterwegs ist, um wieder irgendwo einen Aufstand in Szene zu setzen, oder die Lunte der Verschwörung gegen irgend einen Unbequemen anzuzünden, sollen ihm geradezu phantastische Summen zur Verfügung stehen.

+

Als sich in diesen Tagen an der persisch-türkischen Grenze die Kurden erhoben und die türkischen Truppen in einer heissen Schlacht vorübergehend vernichtend schlugen, war kein anderer als Lawrence der Mann, der die Aufständischen befehligt und zum Sieg geführt hat. Er sitzt in Kurdistan, arbeitet die Kampfpläne aus, organisiert die Angriffstruppen-, aber keiner sieht ihn. Niemand weiss Genaues, jedoch alle Welt spricht wieder von ihm. Die Zeitungen zweier Kontinente sind voll von Vermutungen über Oberst Lawrence und seine dunklen Pläne. Dies romantische Dunkel, das den sagenhaften und so erfolgreichen Engländer umgibt, ist wahrscheinlich seine grosse Chance. Denn dieser Hochstapler aus innerster Leidenschaft weiss um das A und O seiner Laufbahn: niemals im Scheinwerferlicht des hellen Tages zu arbeiten. So sitzt er im wohlthätigen Dunkel, hetzt, schürt und intrigiert.....

+

Ein Sensationsprozess. Am Mittwoch begann vor dem Divisionsgericht in Prag der Sensationsprozess gegen den Oberstleutnant im Sanitätsdienst, den Dichter Dr. Dvorak, der des Missbrauchs der Amtsgewalt angeklagt ist, Dvorak wird beschuldigt, Wehrpflichtige bei der militärärztlichen Untersuchung ohne ausreichenden Grund als dienstuntauglich bezeichnet zu haben. Der Angeklagte stellt die ihm zur Last gelegten Verfehlungen zu Beginn der Verhandlung in Abrede. Einen Bankbeamten Hecht, der sich von ihm in Pischek untersuchen liess habe er wegen Lungenspitzenkatarrhs und hochgradiger Blutleere nach Hause geschickt. Später sei der Lungenspitzenkatarrh behoben worden. Immerhin aber habe ihn der gesamte Gesundheitszustand des Untersuchten veranlasst, Hecht abermals für dienstuntauglich zu erklären. In einem andern Fall hat er mit einem besonders feinen Instrument ebenfalls einen Lungenspitzenkatarrh festgestellt. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden wegen einiger belastender Briefe, die Dvorak empfangen bzw. selbst geschrieben hat, gibt der Angeklagte keine klar Antwort. Hecht erklärt als Zeuge, er habe erst aus der Zeitung die Anschuldigungen gegen den Angeklagten kennen gelernt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er sich in drei verschiedenen Städten immer nur von Dr. Dvorak habe untersuchen lassen, antwortet Hecht ausweichend.

+

Opfer der See. Im Ostseebade Misdroy sind am Mittwoch bei hohem Wellengang der aus Berlin stammende Bankbeamte Dr. jur. Hans Mächtig und seine Gattin beim Baden ertrunken. Das Ehepaar wurde von einer hohen Welle erfasst und von der starken Strömung mitgerissen. Als die schnell herbeigeeilten Fischer die Verunglückten geborgen hatten, war bereits der Tod eingetreten. Der am Strande zurückgebliebene sechsjährige Sohn des Ehepaares hat das Unglück mit ansehen müssen. Ein gleicher tragischer Unfall ereignete sich im Ostseebad Müritz. Als die Gattin des gegenwärtig in Müritz weilenden Kurgastes Gebauer aus Kiel mit ihren beiden 17- und 19-jährigen Söhnen badete, wurden die beiden jungen Leute durch den starken Nordwestwind ins Meer hinausgetrieben. Sie verschwanden plötzlich in den Fluten.

Die gestohlene Filmkamera. Ein Schadenersatzprozess mit mystischem Hintergrunde gelangte am Mittwoch vor dem Berliner Arbeitsgerichte zur Verhandlung. Für die Aufführung des Stückes "Phaea" von Fritz von Unruh im "Deutschen Theater" hatte Max Reinhardt einen wirklichen Kinooperateur, Herrn Gottschalk, engagiert, der verpflichtet war, seine ziemlich wertvollen echten Apparate für die auf der Bühne dargestellten Tonfilmaufnahmen zur Verfügung zu stellen. Am 21. Mai bemerkte Gottschalk zu seiner grossen Bestürzung, dass eine seiner Kameras und ein Betrachtungsglas im Werte von 565 Mark spurlos verschwunden waren. Am vorhergegangenen Abend hatte im Deutschen Theater eine Probe zur "Fledermaus" stattgefunden, die zur Feier von Reinhardts Direktorenjubiläum eine einmalige Aufführung erleben sollte. Zu dieser Probe hatten sehr viele Personen Zutritt gefunden. Gottschalk nimmt an, dass bei dieser Gelegenheit seine wertvollen optischen Instrumente einen Liebhaber gefunden haben, und hat deshalb Max Reinhardt auf Zahlung von 565 Mark verklagt. In der Gerichtsverhandlung wurde die überraschende Tatsache mitgeteilt, dass eines Tages Gottschalk von einer Dame telefonisch angerufen worden sei, die sich als eine Gräfin von Wartensleben ausgegeben und behauptet habe, ihr sei die gestohlene Kamera für einen Preis von 30 Mark zum Kauf angeboten worden. Später war Gottschalk auch von einer bekannten optischen Firma angerufen worden, die ihm erklärte, eine angebliche Gräfin von Wartensleben habe der Firma die gestohlene Kamera für 30 Mark angeboten. Die angebliche Gräfin habe auch eine Telefonnummer genannt, unter der sie zu erreichen sei. Auf einen Anruf unter dieser Nummer meldete sich jedoch eine Pfandleihe. — Das Urteil steht noch aus.

Bluttat eines Italieners. In Lugano erschoss der Italiener Verda seine Frau, sein neunjähriges Kind, seine Geliebte und sich selbst. Die Tessiner Presse deutet Zusammenhänge dieser Tat mit Spionagediensten an, die Verda für Italien geleistet habe.

Selbstmord eines 12-jährigen Knaben. In Rendsburg hat ein 12-jähriger Junge, der in letzter Zeit mehrere Einbrüche unternommen hatte, aus Furcht vor Strafe Selbstmord verübt. Nachdem er bei einem neuen Diebstahl ertappt worden war, hat er sich nicht mehr nach Hause getraut und sich schliesslich nach längerem Herumirren mit einem alten Trommelrevolver im Garten seiner Eltern erschossen.

Hochsommerliche Nachtfroste in Südostasien. In Bantung auf Java traten in den letzten Tagen ungewöhnliche Nachtfroste auf. Die Gärten waren morgens mit einer so starken Reifschicht bedeckt, dass sie weiss leuchteten. Temperaturen von drei bis fünf Grad unter Null, wie sie auf Java seit Menschengedenken nicht vorgekommen sind, wurden an vielen Orten beobachtet. Der in den Kulturgebieten angerichtete Schaden ist sehr gross.

Gewerkschaftliche Rundschau

In Ostpreussen gärt's.

SPD: Die ostpreussische Landarbeiterschaft durchzittern Erbitterung und Empörung. Der Beschluss der Agrarier, jede Erhöhung der erbärmlichen Löhne abzulehnen und darüber hinaus auch noch die tariflichen Bestimmungen zu verschlechtern, hat dem Fass den Boden ausgeschlagen. Die Woge des Unwillens der Arbeiter kam bereits in zahlreichen Protestkundgebungen zu überaus scharfem Ausdruck. Überaus wichtig war die Protestversammlung in Gumbinnen; an ihr beteiligten sich über 3 500 Landarbeiter. Nach den Ausführungen des Vertreters der Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, die eine offene Kampfansage an die landwirtschaftlichen Unternehmer enthielten, gelangte eine Entschiessung einstimmig zur Annahme, die wie ein Warnungssignal wirkt. Die Entschiessung lautet in ihrem Kernstück:

"Die in Gumbinnen vor der Regierung demonstrierenden Landarbeiter und Landarbeiterinnen bekunden, dass sie geschlossen hinter den Forderungen des Deutschen Landarbeiterverbands stehen. Die Versammelten betrachten das Benehmen der Arbeitgeber als direkte Verhöhnung der Landarbeiterschaft. Die Demonstration ist keine Bitte, sondern eine ernste und letzte Mahnung an die Behörden und das Arbeitgebertum. Sollte der staatliche Schlichter wider Erwarten einen Schiedsspruch fällen, der den Wünschen des hungernden Landproletariats nicht Rechnung trägt, so beauftragen die Versammelten den Deutschen Landarbeiterverband, alles zu unternehmen, um die berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen."

Das ist deutlich. Das ist Alarm. Die Geduld der ostpreussischen Landarbeiter ist zu Ende. Sie müssen hungern, während das Reich den Agrariern mit der Osthilfe zu Hilfe eilt. Wem geht es schlechter: den ostpreussischen landwirtschaftlichen Unternehmern oder ihren Arbeitskräften, die für weniger als ein Trinkgeld härteste Arbeit verrichten müssen? Die Osthilfe auf der einen und die Verweigerung jeder Hilfe gegen das nicht mehr zu ertragende Lohnelend auf der anderen Seite hat unter dem Landproletariat grenzenlose Erbitterung hervorgezogen. Die Agrarier wollen nur nehmen, aber nicht geben. Selbst essen macht fett.

Auf den Schlichtungsbehörden liegt eine grosse Verantwortung. Sie können, wenn sie den ostpreussischen Lohnkonflikt auf die leichte Schulter nehmen, leicht einen bereits auflodernden Brand in eine höchst bedenkliche Gefahr für die ostpreussische Landwirtschaft verwandeln. Wir haben Erntezeit. Oder rechnen die Agrarier auf die Arbeitslosen?

Die ostpreussischen Landarbeiter sind sich darüber im Klaren, dass sie jetzt wie ein Mann zusammen stehen müssen. Die Kommunisten, die wie überall, so auch bei dem ostpreussischen Landarbeiterkonflikt im Trüben fischen möchten, finden bei den Landarbeitern kein Echo. Ihr Versuch, die grosse Kundgebung in Gumbinnen unter ihren Einfluss zu bekommen, ist kläglich gescheitert. Sie brachten es auf sage und schreibe 200 bis 250 Mitläufer. Beim Rückmarsch schmolz ihr Häuflein auf 150 zusammen. Diese Ablehnung der kommunistischen Phraseure ist umso beachtenswerter, als die ungeheure Not unter den Landarbeitern vielfach eine Verzweiflungsstimmung geschaffen hat, die den Kommunisten ihr Treiben erleichtern muss. Wenn trotz aller Versuchung die ostpreussischen Landarbeiter

fest zu den Weisungen des Deutschen Landarbeiterverbandes stehen und mit kühlem Kopf ihren Kampf um Lohn und Brot führen, dann verdient das bei den massgebenden Stellen Respekt und Beachtung.

SPD. Die "Reichszentrale für Heimatdienst" veröffentlicht in einer Schrift, betitelt "Die Deutsche Reichsbahn nach dem Haager Abkommen", sogenannte "Wirtschaftszahlen", die anscheinend von der Reichsbahn Hauptverwaltung stammen. Die Zahlen über Personalausgaben sehen so aus:

"Die Beamtenschaft ging von 332 000 in 1925 auf 309 000 in 1929 zurück, von denen die 214 000 unteren Beamten durchschnittlich 124 % mehr Gehalt beziehen als 1913, die übrigen mittleren und oberen Beamten etwa 53 %. Ähnlich der Einkommenshebung der unteren Beamten ist auch das Lohnniveau der Bahnarbeiter um 93 % gegen 1913 gestiegen".

Von der "Reichszentrale für Heimatdienst", einem aus öffentlichen Mitteln subventionierten Unternehmen, darf die Öffentlichkeit - auch in Bürgerblockzeiten - etwas mehr Objektivität erwarten. Um nachweisen zu können, dass bei den unteren Beamten gegen 1913 eine stärkere Steigerung ihres Einkommens als bei den mittleren und oberen Beamten eingetreten ist, teilt die R.f.H. die Beamten in zwei Hauptgruppen. Zu den unteren Beamten rechnet sie die ehemaligen Gehaltsgruppen I bis V, während die früheren Gehaltsabstufungen VI bis XIII die andere Gruppe umfassen. Auf diese Weise will sie eine möglichst geringe prozentuale Einkommenssteigerung für die oberen Beamtengruppen zurechtmachen. Bei dem Täuschungsmanöver sind etwa 60 000 Beamte der ehemaligen Gruppe VI (Bahnmeister, Lokführer, Eisenbahnsekretäre usw.), die im Vergleich zu ihrem Vorkriegseinkommen meistens ungünstiger gestellt sind, zu den mittleren und oberen Beamtengruppen gezählt worden. Solche Methoden kommen fast einer Fälschung gleich.

Ähnlich steht es mit der Berechnung des Lohnniveaus der Eisenbahnarbeiter. Der Durchschnittsnominallohn der Bahnarbeiter vor dem Krieg ist keine geeignete Vergleichsgrundlage. Der Durchschnittslohn der Eisenbahnarbeiter lag 1913 um etwa 18 % hinter dem Durchschnittslohn der vergleichbaren Industriearbeiter zurück. Nun sind aber die Löhne der Eisenbahner genau wie in der Privatindustrie auf dem Leistungsprinzip aufgebaut und nach den gegenwärtig geltenden Grundsätzen sollen die zurückgebliebenen Löhne der Eisenbahnarbeiter den Löhnen der vergleichbaren Industriearbeiter angepasst werden. Bei objektiver Darstellung kann also heute ein Vergleich der Eisenbahnerlöhne nur auf der Lohnbasis der vergleichbaren Industriearbeiter erfolgen.

Der Zweck des Täuschungsmanövers der Reichsbahn-Gesellschaft ist klar: die Öffentlichkeit soll gegen das Personal aufgehetzt werden. Wenn diese "Reichszentrale für Heimatdienst" sich zum Werkzeug dieser Hetze macht, so zeigt das nur, wie im Kampf gegen Lohn und Gehalt Unternehmer und Reichsregierung einträchtig zusammenarbeiten. Der Einheitsverband der Eisenbahner weist die tendenziösen und irreführenden Vergleiche der Reichsbahn-Gesellschaft mit aller Entschiedenheit zurück.

SPD. Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter hat seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1929 vorgelegt. Aus ihm ergibt sich, dass die Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression in den Buchbindereien und in der übrigen Papier verarbeitenden Industrie besonders scharf in Erscheinung traten. Nahezu 200 Betriebe wurden teils ganz, teils durch Auflösung bestimmter Abteilungen stillgelegt, wodurch rund 5 300 Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verloren. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Mitglieder betrug 11,5 %

die der Kurzarbeiter 12,9 Prozent. Die in den ersten Monaten des neuen Jahres festgestellten Ziffern lassen erkennen, dass eine weitere sehr wesentliche Verschlechterung eingetreten ist.

Trotz der Ungunst der Verhältnisse ist es dem Verband gelingen, seine Mitgliederzahl zu steigern und auch in tariflicher Hinsicht beachtliche Erfolge zu erzielen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 1408 und betrug am Jahresabschluss 58 574, wozu noch 1628 im Verband organisierte Lehrlinge kommen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug Ende 1929 39 870 = 68,1 % der gesamten Mitgliederzahl.

Tarif- und Lohnbewegungen zum Zwecke der Verbesserung der Arbeitsbedingungen wurden in 105 Fällen für 164 820 Personen geführt, darunter solche mit Arbeitseinstellung in 11 Fällen für 4183 Personen. Eine Abwehr von Verschlechterungen erfolgte in 3 Fällen für 380 Personen, ohne Arbeitseinstellung und in 3 Fällen für 496 Personen mit Arbeitseinstellung. Insgesamt konnte für 160 411 Personen (einschliesslich Doppelzählungen) eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht werden, während für 731 Personen leider eine Verschlechterung sich nicht verhindern liess. In der Mehrzahl aller Bewegungen handelte es sich um die Erhöhung der Löhne; dabei konnten für 29 191 männliche Berufsangehörige pro Woche 2,08 M und 73 732 weibliche pro Woche 1,32 M = 158 043,52 M wöchentlich an Lohnzulage erreicht werden. Von den rund 100 000 Berufsangehörigen, deren Arbeitsbedingungen durch den Verband geregelt werden, fallen rund 78 000 unter die Reichstarife, rund 6 000 unter Bezirkstarife und der Rest von rund 16 000 unter örtliche und sogenannte fremde Tarife.

Wie stark der Einfluss des Verbandes in bezug auf die Regelung der Arbeitsbedingungen der Berufsangehörigen im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege geworden ist, zeigen folgende Ziffern: Ende 1909, also vor 20 Jahren, waren durch den Verband für 1685 Betriebe mit 21 329 Personen die Arbeitsbedingungen geregelt, dabei zählte er 23 900 Mitglieder, Ende des Jahres 1929 waren durch tarifliche Regelung 6515 Betriebe mit 99 500 Personen erfasst, wobei die Mitgliederzahl des Verbandes rund 60 000 betrug.

Die Zahl der Rechtsstreitigkeiten hat gegen dem Vorjahre abgenommen, die Zahl der daran beteiligten Personen ist erheblich gestiegen. Von den 606 anhängig gemachten Klagefällen konnten 390 mit vollem und 161 mit teilweisem Erfolg durchgeführt werden.

Obwohl der Verband 2012 männliche und 5572 weibliche = 7584 jugendliche Mitglieder zählt, hält es sehr schwer, eine einheitliche Zusammenfassung der jungen Menschen in den einzelnen Zahlstellen durchzuführen. Das Ueberwiegen der weiblichen Jugendlichen und die Verschiedenartigkeit der beruflichen Tätigkeit auch bei den männlichen ermöglichte es nur in wenigen Orten, Jugend- oder Lehrlingsabteilungen zu errichten. Immerhin konnten auch hier weitere Fortschritte gemacht werden. In 27 Zahlstellen bestanden am Ende des Jahres Lehrlingsabteilungen und in 17 Jugendabteilungen.

Das Finanzgebahren des Verbandes war durch die mangelnde Beschäftigungsmöglichkeit sehr stark beeinflusst. Den rund 2,2 Millionen Beitragseinnahmen standen 664 600 M für Arbeitslosen-, 271 000 M für Kranken- und 136 800 M für Invaliden-Unterstützung entgegen. Trotzdem konnten den Reserven der Verbandskasse rund 400 000 M zugeführt werden.

Die trotz enormer Schwierigkeiten 1929 erzielten Erfolge zeugen von der inneren Kraft des Verbandes.



Lohnabbau und Einzelhandel.

SPD. Der grosskapitalistischen Propaganda, die auf einen Abbau der Löhne hinzielt, haben sich von Anfang an die mittelständlerischen Gruppen, u.a. der Einzelhandel zugesellt. Es war die Wirtschaftspartei, die sich durch namhafte Führer in aller Öffentlichkeit für den Lohnabbau einsetzte. Nun ist der Einzelhandel Arbeitgeber. In dieser Eigenschaft ist er an einem Lohnabbau interessiert. Andererseits kann der Einzelhandel kein Interesse daran haben, dass die Löhne abgebaut werden; denn mit dem sinkenden Lohn müssen selbstverständlich auch die Umsätze und Verdienste im Einzelhandel zurückgehen. Man sägt durch seine Begeisterung für den Lohnabbau den Ast ab, auf dem man sitzt. Wenn man in den mittelständlerischen Gruppen diese Zusammenhänge übersieht, so folgt man einer doktrinären Einstellung und gewerkschaftsfeindlichen Instinkten, wie ja die ganze Bewegung für den Lohnabbau durchaus auf unklaren Gefühlen und weniger auf volkswirtschaftlichen Überlegungen beruht. Wie sehr der Einzelhandel die Situation verkennt, geht aus einer Zuschrift hervor, die wir aus Kreisen des Einzelhandels erhalten. Sie besagt u.a. folgendes:

"Die Grundlage für das Gedeihen jeder Wirtschaft ist, dass möglichst viele Menschen ein möglichst hohes Einkommen haben. Gerade die Interessen des Einzelhandels liegen auf dieser Linie; denn keine Wirtschaftsgruppe spürt so das Auf und Ab in dem Einkommen der grossen Masse wie der Einzelhandel. Seine rückläufigen Umsätze sind in erster Linie eine Folge der grossen Arbeitslosigkeit; sie sind aufs stärkste abhängig von dem Lebensstandard der grossen Masse und werden dadurch beeinflusst, welchen Anteil Miete und Ernährung an den Ausgaben der breiten Bevölkerung haben. Je mehr für diese Zwecke absorbiert wird, desto weniger bleibt zum Einkauf anderer Waren übrig. Der Einzelhandel hätte also daran Interesse, dass Preis und Einkommen in einem solchen Verhältnis stehen, dass die Anschaffung und Besorgung von vielen Waren möglich ist. Mit anderen Worten: Der Einzelhandel hat das grösste Interesse an einer starken Kaufkraft der breiten Massen. Logisch wäre es, wenn sich der Einzelhandel auf die Seite des Arbeitnehmers stellen würde, dann das Interesse, das er als Arbeitgeber z.B. an einem Lohnabbau hat, ist im Verhältnis zu dem, was für ihn durch Kaufkraftverminderung verloren geht, so gering, dass man immer wieder den Kopf schütteln muss, wenn der Einzelhandel seine Belange als Arbeitgeber den Belangen als Warenverkäufer weit voranstellt. Das kann man auch nur begreifen, wenn man die antigewerkschaftliche Einstellung des Einzelhandels in Betracht zieht. Dass diese Einstellung aber eine kostspielige und unvernünftige ist, davon können die Geschäfte wohl ein Lied singen, die in Arbeitergegenden liegen und auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind. Der Einzelhandel gehört an Seite der Konsumenten. Er müsste sich, wenn er seine Mission richtig verstünde, Hand in Hand mit der Arbeiterschaft gegen die Lohnabbautendenzen betätigen."

Wir wissen, dass der in der Zuschrift ausgesprochene Wunsch einer von jenen Wünschen ist, die sich wohl kaum erfüllen werden. Den mittelständlerischen Gruppen kann man aber sagen, dass sie mit ihrem Eintreten für Lohnabbau ein Spiel mitmachen, dessen Tragweite sich nicht überschauen lässt. Der Lohnabbau bedeutet eine Amputation der Kaufkraft. Diese Verstümmelung muss zu einer Pleiteperiode führen, die natürlich den Einzelhandel nicht ungeschoren

lassen wird. Es wird sich aber in der bevorstehenden Pleitenserie wieder einmal erweisen, dass der Kleine unterliegt und der Grosse aus der Krise gestärkt hervorgeht. Andererseits ist es nur natürlich, dass sich die breiten Schichten der Konsumenten die arbeiterfeindliche Einstellung von Handel und Gewerbe nicht gefallen lassen. Man kann die Konsumenten, den Handel und Gewerbe einen Lohnabbau zumuten, nicht zwingen, ihren Warenbedarf bei ihren wirtschaftlichen Gegnern zu decken. In diesem Zusammenhang wollen wir nur bemerken, dass die Mitgliederzunahme der Konsumvereine in der letzten Zeit nicht Zufall, sondern eine Folge der Einstellung der mittelständlerischen Gruppen ist. Auch das sollte warnen!

SPD. Der Reichsverband der freien Schrotthändler hat dem Reichswirtschaftsministerium eine Eingabe zugeleitet, in der er sich mit der Entwicklung der Schrott- und Eisenpreise seit dem Jahre 1913 beschäftigt. Das Ergebnis geht aus folgender Zahlenzusammenstellung hervor:

	1913	1930
	(in Mark pro Tonne)	
Stabeisen	108,50	131
Kernschrott	56	44

Der Reichsverband stellt fest, dass die Schrottpreise sich um 20% gesenkt haben. Schrott ist aber eins der wichtigsten Rohstoffe für die Eisenherstellung. Der Reichsverband ist der Auffassung, dass angesichts der Rohstoffverbilligung, der Frachtsenkung, des Lohnabbaus usw. ein weitergehender Abbau der Eisenpreise erfolgen muss, als das tatsächlich der Fall ist. Fragt sich nur, ob der Reichswirtschaftsminister Lust und Neigung hat, den Anregungen des Reichsverbandes nach einer weiteren Eisenpreissenkung zu folgen?

SPD. Das Hauptargument der deutschen Unternehmer für den Lohnabbau ist der Hinweis, dass die westeuropäischen Länder mit viel niedrigeren Arbeitslöhnen als die deutsche Industrie arbeiten. Das trifft zu. Der niedrig gehaltene Arbeitslohn erklärt sich jedoch in diesen Ländern durch die Inflation. Nach Beendigung der Inflation vollzieht sich auch hier eine Anpassung der Lebenshaltungskosten an das Weltmarktniveau und damit eine bemerkenswerte Steigerung der Löhne. Ein Beispiel dafür gibt der letzte Jahresbericht des Reichskohlenverbandes, dem wir folgende Lohnzusammenstellung für Frankreich entnehmen:

	<u>Lohn der Gesamtbelegschaft</u>		<u>Untertagearbeiter</u>	
	in Franken	1913 = 100	in Franken	1913 = 100
1918	10,12	187,4	11,15	180,8
1925	23,53	436,8	25,60	429,5
1928	31	574,2	33,53	562,6
1929 I. Quartal	32,32	598,5	35,01	587,4
1929 III. Quartal	34,43	637,6	37,34	626,5

Die Bewegung zeigt, dass die niedrigeren Arbeitslöhne in westeuropäischen Ländern nur ein vorübergehender Zustand sind und dass die Angleichung des Lohnniveaus voll im Gange ist.

SPD. Eine Länderkonferenz hat sich am Mittwoch in Berlin mit dem Entwurf der neuen Richtlinien für die Beratungsstelle beschäftigt. Es wurde ein Unterausschuss eingesetzt, der die Einzelheiten des Entwurfs erörtern soll; insbesondere wird sich die Tätigkeit des Unterausschusses auf die Frage des In-

landsmarktes erstrecken. Weiter soll die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Reich, Ländern und Gemeinden untersucht werden. Um dem Ausschuss Zeit zu lassen, seine Aufgaben zu lösen, wurden die alten Richtlinien bis zum 1. November 1930 verlängert.

Die Entscheidung über die neuen Richtlinien ist also vertagt worden. Hoffentlich gibt der Unterausschuss dem Druck der öffentlichen Meinung nach, so dass die unvernünftigen Bestimmungen aus den neuen Richtlinien beseitigt würden.

SPD. Der Reichsbankausweis für die Woche vom 7. Juli charakterisiert sich durch eine Verringerung der Gold- und Devisenbestände um 36,4 Millionen auf 3041,5 Millionen Mark. Der Rückgang entfällt in der Hauptsache auf deckungsfähige Devisen, die sich um 36,3 Millionen auf 422,7 Millionen Mark verringerten. Zweifellos liegt ein Abfluss von Auslandsgeldern vor. Ob dieser Abfluss aber mit der Befürchtung des Auslandes, Deutschland wird zu einer neuen Diskontermässigung schreiten, in Zusammenhang zu bringen ist, muss bezweifelt werden. Vielmehr scheint eine Rückzahlung von Auslandsgeldern durch die Banken mit dem Halbjahrsschluss vorzuliegen. Wir sind der Auffassung, dass es sich hier um eine durch den Halbjahrstermin bedingte Erscheinung handelt, und nicht um einen Abfluss von Auslandskapital allgemein, der für unsere Wirtschaftsentwicklung gerade jetzt höchst ungelogen käme.

Im übrigen hat sich die Beanspruchung des Reichsbankkredits um 267,3 Millionen auf 1803,2 Millionen Mark verringert. Die Verringerung betrug im Vormonat 275,4 Millionen auf 1971,7 Millionen Mark. Die Bestände an Schecks und Handelswechseln, die sich im Vormonat um 81,2 Millionen auf 1792,6 Millionen Mark verringerten, gingen um 130,8 Millionen auf 1646,3 Millionen Mark zurück. Auch die Lombardbestände haben um 130 Millionen auf 55,8 Millionen Mark abgenommen. In diesem Zusammenhang ist der Rückgang der fremden Gelder um 110,6 Millionen auf 381,1 Millionen Mark erwähnenswert. Es scheint, als ob mit dem Abzug dieser Gelder Lombardverpflichtungen abgelöst worden sind.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,9% in der Vorwoche auf 58,3%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 65,7 auf 67,7%.

SPD. Das Washingtoner Ackerbauamt hat seinen ersten Schätzungsbericht über den Umfang der Baumwollanbaufläche in den Vereinigten Staaten nach dem Stand vom 1. Juli 1930 veröffentlicht. Es ergibt sich hieraus ein Areal von 45 815 000 Acres, während im Vorjahre im gleichen Termin 48 547 000 Acres (später berichtigt auf 46 594 000 Acres) bekanntgegeben wurden. Die Baumwollanbaufläche in Nordamerika ist also nicht unerheblich und zwar um etwa 4-5% zurückgegangen. Es versteht sich ganz von selbst, dass das hier zum Ausdruck kommende Flächenminimum in gewisser Form für eine weitere Preisbefestigung auszuliegen ist. Das wird umso mehr der Fall sein, als die gegenwärtigen Rohbaumwollpreise die ungünstigen Faktoren bereits in gewisser Masse vorweg eskomptiert haben dürften. Trotzdem wird kaum mit einer allzu erheblichen Reaktion des Marktes zu rechnen sein, der sich nach wie vor angesichts der sehr schwachen Beschäftigungslage in der Weltbaumwollspinnerei ziemlich zurückhält.

Zurückhaltung.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte am Mittwoch einen festeren Grundton bei allerdings ruhigem Geschäft, da die Landwirtschaft mit Angeboten aus neuer Ernte eher zurückhält, während andererseits für die Käufer jede Anregung, vor allem vom Mehlgeschäft fehlt. Weizen alter und neuer Ernte erzielte etwa bis zu 2 Mark höhere Sätze. In Roggen wurden nach wie vor Stützungskäufe vorgenommen. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte bestand infolge geringerer Andienungen etwas Deckungsnachfrage, besonders Juliweizen lag $3\frac{1}{2}$ Mark fester, Septemberweizen $1\frac{1}{2}$, Oktoberweizen $2\frac{1}{2}$ Mark höher. Auch Roggen per Juli war gefestigt. In Hafer war das Angebot geringer. Gerste war nach wie vor stetig.

	8. Juli	9. Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	160 - 190	160 - 190
Hafer	157 - 164	158 - 165
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50-40,50	32,50-40,50
Roggenmehl	22,50-25,00	22,75-25,00
Weizenkleie	9,75-10,25	10.-10,50
Roggenkleie	9,25-10,00	9,50-10,25
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u> Weizen Juli 289 und Brief ($285\frac{3}{4}$), September $258-258\frac{1}{2}$ ($256\frac{1}{2}$), Oktober $261\frac{1}{2}-261$ (259). Roggen Juli $167-167\frac{1}{2}$ (165), September $173\frac{1}{2}-174$ (173), Oktober $178\frac{1}{2}$ ($178\frac{1}{2}$). Hafer Juli $172\frac{1}{2}$ und Brief (September $174\frac{1}{2}$ (173), Oktober $176\frac{3}{4}$ ($176\frac{1}{2}$)).		

SPD. Auf Grund eines im Dezember 1929 angenommenen Gesetzes wird am 1. August 1930 der neue Rohaluminiumzoll in Höhe von 25 Mark pro Doppelzentner in Kraft treten. Die noch aus der Kriegswirtschaft herrührenden Einfuhrverbote fallen weg. Der Aluminiumzoll konnte mit dem Hinweis durchgedrückt werden, dass sich Deutschland vor einer amerikanischen Aluminiuminvasion schützen müsse. Die Einführung des Zolls soll nicht zu einer Preissteigerung ausgewertet werden. Ob man sich daran hält, wird die Preisbewegung in Zukunft zeigen müssen.

SPD. Der vom Reichsarbeitsminister neu bestellte Verwaltungsrat der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wählte Baurat Dr. Ing. Riepert und Frau Dr. Lüders, M. d. R. zu seinen Vorsitzenden. Weiter genehmigte der Verwaltungsrat den ihm vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 1930/31, in dem neben den für die Verwaltung benötigten Mitteln ein Beitrag für Forschungsarbeiten vorgesehen ist, über den der Vorstand der Reichsforschungsgesellschaft verfügt. Aus diesen Mitteln sollen, entgegen der früheren Praxis der Reichsforschungsgesellschaft, Beihilfen zur Förderung von Forschungssiedlungen nicht mehr gegeben werden, vielmehr sollen die zur Verfügung stehenden Mittel lediglich Forschungszwecken dienen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 9. Juli 1930

Arme Tiger!*

Von André Dahl

SPD. Die Menge staut sich vor Renaldos grosser Menagerie.

Der Ausrufer: Meine Damen und Herren, betrachten Sie, bitte, mit besonderer Aufmerksamkeit diese Bilder! Sie sehen hier die lebenswahren Darstellungen der Jagdabenteuer des berühmten Dompteurs Renaldo. Die Szene rechts spielt sich am Aequator ab: Sie sehen eine Löwin, die bereits im Lasso Renaldos zap-pelt. Es ist die Löwin Antinea, die sich augenblicklich mit ihren beiden Kindern - ihr Gatte ist leider gestorben - im Innern der Menagerie befindet. Lin-ker Hand sehen Sie den berühmten Renaldo, wie er gerade auf einem Eisblock ei-nen weissen Bären umzingelt. Achten Sie auf die phosphorisierenden Augen der Bestie! (Sensation. Alles drängt näher). Hier oben sehen Sie schliesslich Renal-do im Kampfe mit sechs wilden Tigern, die er in den bengalischen Dschungeln ge-fangen genommen hat! Ich will keine weiteren Worte verlieren. Sehen Sie sich die Vorstellung an! Die Löwin Antinea mit ihren beiden Kindern Cunfucius und Cagliostro! Den Kampf Renaldos mit dem Eisbär Achilles bis zu fünf Runden! Und schliesslich die wunderbaren Dressurakte mit sechs indischen Tigern, Renal-do persönlich tritt heute zum ersten Male als Gladiator auf (Paukenschläge. Rena-do zeigt sich im klassischen Aufzuge des römischen Tierkämpfers. Tigerfell, Trikot, dreissig Medaillen. Er begrüsst die Menge). Treten Sie ein, meine Damen und Herren! Fünfundvierzig Minuten Vorstellung! Fünfundvierzig Minuten Todes-gefahr!

Renaldo (zum Ausrufer): Hat man auch bestimmt den Eisbären mit Insekten-pulver bestreut? Dieses Schwein ist voll von Flöhen. Ich musste mich heute den ganzen Tag kratzen. Sieh nur meinen Oberschenkel an!

Der Ausrufer: Treten Sie ein, meine Damen und Herren! Der mutige Renaldo wird persönlich auftreten, obwohl sich die Wunden an seinem Oberschenkel noch nicht geschlossen haben!

(Die Menge stürzt an die Kassen).

Der Ausrufer (auszählend): Sieben! Acht! Neun! Zehn!.... Der Eisbär Achil-les ist knockout! (Beifallsklatschen. Das Orchester stimmt einen Siegesmarsch an.) Und nun folgt der Dressurakt mit den sechs indischen Tigern, die noch am Tage ihrer Gefangennahme ein Kind zum Nachtmahl verspeist haben.

(Sensation. Eine Mutter fällt in Ohnmacht.)

Renaldo: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, während dieser äusserst ge-fährlichen Nummer nicht zu applaudieren und den Tigern nicht in die Augen zu blicken!... Hopp! (Die Tiger treten ein). Hierher, Ankor! Kusch dich, Fatme! Nie-der mit dir, Ali! Hierher, hopp, Ankor! Wird's bald, zum Teufel! (Ankor will nicht hören. Er scheint mit einer kleinen Kugel, die der Eisbär zurückgelassen hat, lieber Billard spielen zu wollen. Die Menge lacht.) Ankor! (Er versetzt Ankor einen gewaltigen Fusstritt.)

Eine Stimme im Saale: Jawohl, gib ihm Saures, Renaldo!

Renaldo: Meine Damen und Herren, ich habe gebeten, Ruhe zu bewahren...

Die Stimme: Sag das deinen Katern!

Renaldo (blass vor Wut): Ankor! (Er packt den Tiger beim Schweif und

zwingt ihn so, aufrecht zu stehen) Hallo hopp, Fatme! Vorwärts, Ali!
(Fatme blickt ihn verständnislos an. Ali leckt sich die Pfoten.)

Die Menge: Miau, miau, miau!

Renaldo: Ankor, hierher! (Der Tiger blickt den Dompteur mit grossen, tränenüberströmten Augen an. Auch die anderen Tiger beginnen bitterlich zu weinen.)

Die Tiger: Hu!!! Hu!!! Hu!!!

(Es ist offenbar, dass die Tiger grossen Kummer haben. Ali neigt verzweifelt sein Haupt zur Erde.)

Renaldo: (die Situation mit einem Schlage erfassend): Ach so, jetzt verstehe ich. Es ist die Erinnerung! Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie die Armen! Sehen Sie nicht, dass die Tiere aufs äusserste betrübt sind? (Er zeigt auf sein Gladiatorenkostüm und besonders auf das Tigerfell, das seine Schulter bedeckt) Stellen Sie sich nun vor, dass Sie an ihrer Stelle wären, meine Damen und Herren... Es ist das Fell ihrer Mutter!

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Leo Korten).

Gang durch Alt=Naumburg.^x

SPD. Die Uhr des Naumburger Domes zeigt die zweite Nachmittagsstunde. Ruhig und menschenleer liegt der Domhof. Dumpf hallt der Schritt in dem steinernen Kreuzgang, der von unzähligen duftenden Rosen eingefasst ist. Bereitwillig schliesst der Küster die schwere Pforte auf und lässt den Besucher in den dreischiffigen Pfeilerbau eintreten. Innere Ruhe und stilles Verweilen erfordert die alte in Stein gehauene Kreuzgruppe der Eckpfeiler, eine der schönsten, die das Mittelalter uns überliefert hat. Auch die Betrachtung der 12 Stifter, deren verblasste Figuren sich um den Altar gruppieren, und deren Formschönheit nicht im Tempo der Moderne, sondern in jahrelangem Ringen geschaffen wurde, verlangt mehr als nur flüchtige Augenblicke des Verweilens.

Der ganze Zauber der Vergangenheit ruht über dem Dom und den angrenzenden Kurien, dem alten Brunnen, auf dem die Steinfigur Ekehard's II. steht, der mittelalterlichen Kapelle. Hier lebt die einstige Bischofsstadt weiter und bildet auch heute noch ein abgeschlossenes Ganzes. Einen ganz anderen Charakter trägt der zweite Teil Naumburgs, die alte Kaufmannsstadt. Hier herrscht ein starker, imposanter Wirklichkeitssinn, eine freudige Lebensbejahung, ein fester, beherrschender Wille, der sich Ziele gesteckt hat, die durchaus im Bereich der praktischen Wirklichkeit liegen. Da ist die mächtige, gedrungene Sankt Wenzel-Kirche mit der weiten Halle, den starken Pfeilern, den hochragenden Chorfenstern. Hoch oben im Turme wohnt noch der alte Türmer, der den Besucher gern in seiner einzigartigen Behausung empfängt und ihn hinabschauen lässt auf die Stadt zu seinen Füssen, auf den Marktplatz, die giebelgeschmückten Bürgerhäuser, das Rathaus mit seinen spätgotischen Erkern. Luther und Melanchthon, Gustav Adolf, Napoleon und viele andere waren hier zu Gäste. Und wenn auch die Erzählung von den Hussiten, die einst vor Naumburg lagen und durch eine Abordnung von Kindern besänftigt und zum Abzuge gebracht wurden, nur eine schöne Sage ist, so bietet die alte Stadt doch so viele Kostbarkeiten und Sehenswürdigkeiten, so viele Schätze einer lebendigen Vergangenheit, dass sie eins der inhaltvollsten Schmuckkästchen unter den deutschen Städten genannt werden darf, gleichgültig, ob sie den Namen einer "Hussitenstadt" mit Recht trägt oder nicht.

Um den Kern Alt=Naumburgs, um die Bischofs- und Kaufmannsstadt, die heute zusammengewachsen sind, gruppieren sich die neuen Ansiedlungen, die modernen Strassen, die neuzeitlich gestalteten Hochhäuser. Von Licht und Luft durchweht, dehnt sich diese neue Stadt weit hinaus, denn heute gibt es keine hemmenden Stadtmauern mehr, die enge, schmale, dumpfe Gassen verlangten. Wo einst die Burg

des Markgrafen und das Kloster St. Georg standen, da hat die neue Zeit die Hochhausiedelung geschaffen. Sie hat breite Rasenflächen und einfache, gerade Linien der Architektur, und ihre Bewohner schauen von der hohen Terrasse ins Tal der Saale und der Unstrut, zum Bismarckturm und zur Holländer Windmühle, nach Schulpforta und hinüber nach Bad Kösen. Im Frühling ist hier ein Blütenmeer der Obstbäume, und im Herbst leuchten die gelben und roten Weinstöcke der Rebenfelder unter den Strahlen der Sonne, die auf dieser gesegneten Landschaft ruhen.

Im Frühling sind Naumburgs Farben noch gedämpft. Zarte Schleier verhüllen die Landschaft in den ersten Morgenstunden, und die alten Häuser sehen herb und ernst aus. Wenn aber die Wolkenschleier zerreißen, wenn aus blauem Frühlingshimmel die Sonne über der Stadt leuchtet, dann liegt ein warmer, heller Schimmer über den verblassten Farben, den verwitterten Steinen. Hoch über Naumburg funkelt das Zifferblatt am Kirchturm der Wenzelkirche, und die feine Schmiedearbeit alter Portale, die zarte Ornamentik der Giebel und Säulen gewinnen neues, eindrucksvolles Leben.

Am schönsten vielleicht aber ist die Stadt in der Dämmerung, im verhaltenen Zwiellicht zwischen Nacht und Tag. Dann reckt sich der Turm der Stadtkirche wie ein mächtiges Wahrzeichen über die schattenhaften Häuser, und der Kreuzgang, der im grellen Lichte der Sonne oft seltsam steinern und leblos erscheint, ist um diese Stunde beseelt von einer Vergangenheit, die nur im Dämmerlichte des Geheimnisses neue Gestalt gewinnen kann. Schmale, düstere Gässchen, lauschige Winkel, die am Tage übersehen werden, treten jetzt in den Vordergrund. Ueber Alt-Naumburg liegt noch der Zauber der Romantik, der auch den in seinen Bann schlägt, der im hellen Lichte des Tages bewundernd vor den Bauten der Moderne stand. Jetzt sind die Neubauten, deren Hausnummern beim Lichte der Laterne sachlich und nüchtern den Weg weisen, zurückgetreten. Die Dämmerung gehört der innigen, geheimnisvollen Schönheit mittelalterlicher Kunst und Architektur, den auch heute noch lebendigen steinernen Denkmälern Alt-Naumburgs.

Dr. Else Möbus.

Geschichten um die Schwerkraft.^x

Der Brunnen durch den Erdmittelpunkt.

SPD. Der Brunnen durch den Erdmittelpunkt ist ein altes Gedankenspiel der mathematisch interessierten Menschheit. Voltaire und Maupertuis träumten davon; ihr Landsmann Camille Flammarion folgte ihnen darin. Es ist auch wirklich eine Geschichte, die viel Spass macht.

Nehmen wir einmal an, dass man einen solchen Brunnen durch den Erdmittelpunkt gelegt hätte, und zwar von Pol zu Pol. Was wird nun geschehen, wenn wir einen Gegenstand am Nordpol hineinfallen lassen? Die voreilige Antwort lautet, dass der Stein im Mittelpunkte der Erde stecken bleiben würde. Die richtige, dass er am Südpol nach einer gewissen Zeit zum Vorschein kommt. Den Erdmittelpunkt, an dem sich ja die Anziehung umkehrt, passiert der fallende Körper nämlich schon mit einer solchen Geschwindigkeit, dass sie ausreicht, um die entgegenwirkende Schwerkraft auf der ganzen zweiten Hälfte des Weges zu überwinden. Nehmen wir an, dass der Mann am Südpol nicht aufpasst und den Körper sofort ergreift, so fällt der Körper nach einer Sekunde Verweilens wieder zurück, wie ein Pendel hin und her schwingt. Eine vollständige Schwingung hin und zurück würde etwa $1\frac{1}{2}$ Stunden dauern.

In der ganzen Geschichte steckt aber ein Fehler. Oder vielmehr drei Fehler. Erstens lässt sich solch ein Schacht natürlich nicht bauen; zweitens wirkt der Luftwiderstand im Schacht die ganze Rechnung über den Haufen. Diese beiden Fehler wollen wir aber nicht einmal berücksichtigen. Der dritte ist viel schwie-

riger zu finden, macht aber noch viel mehr Spass. Man dürfte den Stein nämlich nicht vom Nord- zum Südpol fallen lassen, sondern nur umgekehrt; denn der Südpol liegt auf einer Hochfläche, also etwa 2 bis $2\frac{1}{2}$ km höher als der Nordpol. Der Stein, der vom Nordpol kommt, könnte diese letzten 2 km natürlich nicht überwinden. Der Stein, der vom Südpol kommt, würde dafür noch 2 km hoch in die Luft sausen.

Das Unangenehme ist bei dieser Phantasie auch noch, dass man einen solchen Schacht nur zwischen den Polen bauen dürfte, denn zwischen zwei anderen Punkten würde es schlecht gehen, weil hier die Flugkraft, die durch die Erdumdrehung hervorgerufen wird, obendrein hinzukommt. Ein Schacht zwischen zwei anderen Orten müsste also ziemlich breit sein.--

Die automatische Untergrundbahn.

Das bringt uns nun aber auf eine andere Idee. Wie wäre es, wenn man einen solchen Schacht nicht durch den Erdmittelpunkt legt, sondern damit nur zwei Orte, die auf der Erdoberfläche nicht allzu weit voneinander entfernt liegen, quer durch die Erde hindurch verbindet? Mit einem solchen Schacht liesse sich eine ganz zauberhafte Einrichtung durchführen, die um die letzte Jahrhundertwende von dem russischen Mathematiker A.A. Rodnych einmal ausgemalt worden ist, und zwar in dem "Roman": "Selbstfahrende unterirdische Eisenbahn zwischen St. Petersburg und Moskau, Eine Phantasie zunächst in drei und noch dazu unbedeutenden Kapiteln".

Rodnych sagt, dass man endlich solchen gradlinigen Tunnel zwischen den beiden Städten bauen müsse, damit die Menschheit einmal Gelegenheit habe, sich wirklich in gerader Linie zu bewegen, anstatt immer in Kreisbogen (auf der gekrümmten Erdoberfläche) Eisenbahn zu fahren, wie es auch in den vorhandenen Tunnels der Fall ist. Zu diesem Hoheitsgefühl der endlich geradlinigen Bewegung kommt aber noch, dass der Betrieb der Eisenbahn in diesem Tunnel nichts kostet. Die Mitte solches gradlinigen Tunnels liegt ja dem Erdmittelpunkte näher, als die beiden Enden. Jeder Wagen, den man in den Tunnel hineinschiebt, fängt demnach sofort an zu rollen und rollt und rollt mit immer wachsender Geschwindigkeit auf der geraden Linie abwärts, - eigentlich nur bis zur Mitte des Tunnels, aber dort hat er dann wieder eine Geschwindigkeit erlangt, die die einer fliegenden Granate gewaltig übertrifft, und das genügt, dass auch die zweite Hälfte der Fahrt zurückgelegt wird. In der Praxis würden infolge von Reibung und Luftwiderstand ja zum Schlusse wieder einige Kilometer auf normale Weise mit Maschinenkraft gefahren werden müssen. Dass ausserdem Reibung, Fliehkraft der Räder und Luftwiderstand eine solche Benützung des schönen Tunnels, wenn er wirklich existierte, vereiteln würden, wollen wir hier ausser Acht lassen.

Der Wurf ins Unendliche.

Nach diesen beiden unmöglichen Möglichkeiten eine dritte Möglichkeit, die nicht so sehr ausserhalb aller technischen Erreichbarkeit liegt. Wir haben vorhin gesehen, dass der Stein vom Südpol am Nordpol 2 km oder noch etwas mehr in die Höhe gesprungen wäre. Stände der höchste Berg der Erde, der Mount Everest, noch auf dieser Hochfläche des Südpolarlandes, dann würde der Stein am Nordpol mehr als 10 km hoch springen. Je höher also der Südstandpunkt ist, von dem aus der Stein durch die Erde hindurchfällt, desto höher kommt er im Norden. Stände auf dem Südpol ein Eiffelturm von 500 km Höhe, so würde der Stein natürlich auch am Nordpol 500 km hoch springen. Die Frage, die sich hier ganz von selbst aufdrängt, lautet: "Wie hoch müsste denn der Südpolturn sein, damit der Stein am Nordpol nicht mehr zurückkehrt, sondern bis in die Planetenräume emporfliegt?" Die Antwort lautet natürlich, dass der Turm dann ebenso hoch sein müsste. Es ist aber interessant, dass hierbei wohl die Entfernungen hüben und drüben ins Unendliche wachsen können, nicht aber die Geschwindigkeit, die der Stein dabei bekommt. Der Südpolturn kann so hoch sein, wie er nur irgend will; eine grössere Schnelligkeit als 11,2 km in der Sekunde würde der fallende Stein nie erreichen. Denn das ist die Geschwindigkeit, die man die

parabolische nennt, und die genügt, um einen Körper ein für allemal dem Anziehungsbereich der Erde zu entreißen, wenn er diese Geschwindigkeit einmal bekommen hat.

Noch etwas Wunderbares würde schon bei einer geringeren Geschwindigkeit eintreten, nämlich schon bei etwa 8 km in der Sekunde, der sogenannten zirkulären Geschwindigkeit. Stellen wir uns vor, jemand ist so kräftig, von der Spitze eines solchen hohen Südpolturmes aus einen Stein wagerecht mit 8 km Geschwindigkeit in der Sekunde zu werfen! Auch dieser Stein ist für die Erde verloren. Er entfernt sich zwar nicht ins Unendliche, kommt aber auch nie zur Erdoberfläche zurück, sondern umkreist die Erde als winziger Mond. Diese Kreisbahn kommt dadurch zustande, dass die Erdschwerkraft bei dieser Geschwindigkeit nur noch eine sehr bedingte Macht hat. Wohl bringt sie den Stein dazu, in einer Sekunde ungefähr ein paar Meter tief zu fallen, aber der Stein ist in dieser Sekunde ja auch 8 km wagerecht geflogen, und im Verlaufe dieser 8 km hat sich die Erdoberfläche unter ihm genau so tief nach unten weggekrümmt, wie er selbst in der Sekunde gefallen ist. Sie können also zueinander nicht kommen; eine ewige Kreisbahn ist der Erfolg. Und das ist vielleicht noch wunderbarer als die automatische Untergrundbahn, denn diese Kreisbahn um die Erde wird man voraussichtlich einmal wirklich zustande bringen können.

Willy Ley.

Steuersang.^x

Herr Schulze froh in Urlaub zieht,
Wo duftendsüß die Linde blüht,
Im Sommerglück und =schwitzen.
Doch Ferien sind ein leerer Wahn,
Solang' man murkst am Haushaltsplan,
Und sucht vergeblich Stützen.

Das geht nun schon durch Wochen so.
Man wird nicht mehr des Lebens froh,
Sieht täglich grau und grauer.
Besteuert wird schon das Gehalt,
Das Ledigsein bei Jung und Alt,
Das Frohsein und die Trauer.

Und wenn dir sterbenselend ist,
Ein Heer Bazillen in dir frisst,
Erst mußt du stramm berappen.
Was du in Reichsmark brav und bar
Der Kasse zahltest Jahr für Jahr,
Schluckt jetzt als guten Happen

Der Vater Staat - und gibt es gern
Per Ostprogramm den stolzen Herrn,
Die auf den Klitschen hocken.
Es angelt jede Zweigpartei,
Sofern sie nur regierungstreu,
Noch schnell nach fetten Brocken.

Nur dir, du braver Bürger X.,
Dir hilft das Ganze leider nix --
Du zahlst die ganze Zeche,
Geht's dreckig dir, gilst du als Last,
Doch wenn du noch ein bisschen hast,
Dann heisst es: bleche - bleche! - - -
Walter Schirmeier.

Die Tyrannen des Tonfilms.

SPD. Es gilt heutzutage, nicht nur in den Kreisen des im Erwerbsleben stehenden Bürgertums, wo das eine hundertprozentige Selbstverständlichkeit ist, sondern auch in den Kreisen der Intellektuellen, fast als ehrenrührig, von Geschäften nichts zu verstehen. Vor dem Kriege mochte es wohl vorkommen, dass im Literatencafé ein verträumter Jüngling sass, der ganz allein seinen ekstatische Rhythmen lebte, und dem sogar das Zauberwort "Vorschuss" etwas Peinliches und Abgeschmacktes bedeutete. Wohin sind diese Zeiten entschwunden! Im Literatencafé hat man sich seit langem auf Reportage geworfen, beschreibt Senffabriken, Kaninchenfarmen, Selbstmörderfriedhöfe, kurzum: man steht mit beiden Beinen im Leben und ist sich durchaus im klaren darüber, dass das A und O jeglichen Betriebes, auch des literarischen, die finanzielle Basis ist...

Wir haben alle bis zum Ueberdruss gehört, dass das Theater, dass der Film nicht nur künstlerische, sondern auch geschäftliche Interessen berücksichtigen müssen. Wir sind mit dieser Formulierung einverstanden. Wir sind uns sogar dessen bewusst, dass selbst ein Institut wie die Berliner "Volksbühne", dessen Beruf es ist, ideelle Momente in den Vordergrund zu rücken, zunächst einmal daran denken muss, überhaupt zu leben, ehe es seine Aufgabe erfüllen kann, für die Sache der Kunst und des Fortschritts zu leben. Das sind alles Selbstverständlichkeiten. Niemand ist heute mehr prüde gegen die Verknüpfung künstlerischer Probleme mit ökonomischen Grundsätzen. Am abgehärtetsten sind wir beim Film. Wir wissen sehr genau: das ist zunächst einmal eine kaltschnäuzige Industrie, ehe es eine Kunstgattung ist. So leicht kann uns hier nichts aus der Fassung bringen. Aber wenn es so weit ist, dass nicht der erste beste hergelaufene Idealist oder sonst ein unbrauchbarer Mensch, sondern durchaus seriöse Leute ein gelindes Grauen bekommen, so ist es vielleicht doch nicht ganz angebracht, ein wenig aufzuhorchen. In einem Münchener Blatte setzt sich der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Lichtspieltheater, Kommerzienrat Scheer, mit der "Deutschen Filmnot" auseinander. Ganz ohne Pathos und natürlich ohne alle antikapitalistische Tendenz. Dennoch kann auch dieser harte Mann nicht umhin, einigermaßen unheimlich von der alles an die Wand drückenden Gewalt einer Geschäftsmacht berührt zu werden, mit der die Geschäftsmacht der Lichtspieltheaterbesitzer keinen Vergleich aushält. Wie liegen die Dinge beim Tonfilm heute? Es herrschen zwei Mächte, die sich zu einer Uebermacht scheinen verschmelzen zu wollen: Der internationale Elektro-Trust und die Tonfilm-Patentinhaber. Diese beiden diktieren. Diktieren so souverän, wie ein Tyrann des Altertums, wenigstens auf dem Gebiete der Volksunterhaltung, nicht diktieren konnte. Es war ihm technisch unmöglich, darüber zu wachen, ob nicht in einem versteckten Winkel seines Landes etwas veranstaltet wurde, das er nicht billigte. Die Herren des Tonfilms hingegen herrschen absolut. Sie sagen: 35 % der Einnahmen verlangen wir für Tonfilmmiete. Sie sagen: Aus spekulativen Gründen verknappen wir den Markt! Sie sagen: Wenn du, Produzent, drehen willst, so zeige uns erstens einmal dein Manuskript, unterrichte uns zweitens darüber, wie du deine Rollen zu besetzen gedenkst, orientiere uns drittens über deine finanziellen Verhältnisse!

Der stumme Film war und ist gewiss nicht eitel Romantik. Immerhin hat er Aussenseitern und Einzelgängern doch wenigstens theoretisch gewisse Möglichkeiten gelassen, und es ist sogar einmal in der Praxis jene bewunderungswürdige Emanzipation von aller Schablone und allem Apparat vorgekommen, die die "Menschen am Sonntag" gebar, einen Film ohne Atelier und Stars: nur einen Dilettantenfilm, der aber ein echtes Kunstwerk war. Bisher beherrschten die Filmproduzenten gemeinschaftlich mit den Kinotheaterbesitzern unsern Geschmack. Ein idealer Zustand war das durchaus nicht. Es ist oft und viel dagegen gesprochen worden. Trotzdem: wie die Verhältnisse unter dem Kapitalismus liegen, konnten jene beiden Mächte sich darauf berufen, dass es ihr, wenn vielfach auch verfehlter, Beruf sei, das Filmprogramm zu bestimmen. Der Elektro-Trust hat aber auch dem Schein nach nichts mehr mit Kunst zu tun. Der Aufsichtsratsvorsitzende einer Industriegruppe, der möglicherweise niemals ein Drehbuch zu Gesicht bekommen hat, herrscht über die Kinowelt. Der Weg zum Tonfilm führt über die Tonfilmaufnahme-Apparatur. Wer diese Apparatur herstellt, der bestimmt den Inhalt der Celluloidstreifen. Noch sind, neben indiskutierbarem Dreck, ein paar so gute Tonfilme wie "Westfront 1918" und "Der blaue Engel" herausgekommen. Aber das war keine Notwendigkeit. Es war eine Gnade oder ein Versehen.

Ein gigantischer Sieg des menschlichen Geistes ist errungen. Wir können die Stimme photographieren. Aber die Erfüllung eines Jahrtausendtraumes bringt dem Geiste gleichzeitig seine tiefste Erniedrigung. Er muss vor dem Internationalen Elektro-Trust wie ein Hund kuschen. Nicht diesen und jenen unverständigen Kunstenthusiasten, sogar einen leibhaftigen Kommerzienrat kommt das Grauen an: und sei es auch nur in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichsverbandes der deutschen Lichtspieltheaterbesitzer.

Hans Bauer.

SPD. Eine Komödie aus dem Journalistenleben. Der bereits durch mehrere dramatische Arbeiten bekannt gewordene Chefredakteur der "Dresdner Volkszeitung", Robert Grötzsch, hat eine neue Komödie geschrieben, die sich "Journalist über Bord" betitelt. Das Werk spielt im Redaktionsmilieu und beschäftigt sich kritisch mit der Amerikanisierung der Presse und ihrer Entwicklung zur Sensationspresse. Die Uraufführung des Werkes soll im kommenden Oktober im Dresdener Staatstheater erfolgen.

SPD. Musikverständnis.^x Mäderich gerät in ein Konzert. Ein befrackter Herr mit gewaltiger Mähne spielt Klavier. Gewaltig. Und lange. Mäderichs Nachbar flüstert: "Ist er nicht fabelhaft? Und wenn man gar bedenkt, dass er taubstumm ist!"

"Was!" erwidert Mäderich verblüfft. "Taubstumm? Da gähm Sie ihm doch mal ä Zeichen, dass er aufhören soll!"

SPD. Die Sonne Italiens.^x "Na, Sie waren also in Italien? Wie ist das denn nun mit der berühmten italienischen Sonne?"

"Ich kann Ihnen sagen, die stellt alles in den Schatten, was ich bisher gesehen habe."

Deutscher Reichstag

195. Sitzung vom 9. Juli, 3 Uhr.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Feder-Sachsen (Nat.Soz.) führt aus, die Hilferding'sche Finanzpolitik sei gekennzeichnet gewesen durch skandalöse Leichtfertigkeit, die Moldenhauer'sche durch Kraftmeierei und Bluff. Dass ein reicher Mann wie Moldenhauer jetzt vom Reiche 29 500 Mk. Jahrespension verlangt, sei geradezu schmachlich. Dietrich versuche es jetzt mit männlicher Offenheit, aber er werde ebenso wenig Erfolg haben. Die Republik wirtschaftete viel teurer als das alte Regime, das zeige sich in der ganzen Verwaltung, vor allem auch in der Reichsfinanzverwaltung. Der Youngplan, der in so vielen Rundfunkreden als Rettung gepriesen wurde, hat das Finanzelend noch wesentlich verschärft. Statt des Spitzelsystems der Finanzämter sollte man zur Offenlegung der Steuerlisten übergehen.

Abg. Dr. Best (Volksrechtpt.) bekämpft die Deckungsvorlagen der Regierung. Die Beamten würden dadurch drei- und vierfach besteuert, obwohl das Realeinkommen der Beamten heute geringer sei als vor dem Kriege. Die Reichshilfe verstosse nicht nur gegen die Verfassung, sondern sie sei auch in ganz unsozialer Weise aufgebaut. In der jetzigen Notzeit sei es nicht angebracht, wenn in den Zeitungen gemeldet werden könne, dass ein Reichsminister zur Befreiungsfeier in einem kostspieligen Salonwagen gefahren ist.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Chr.Nat.): Ich benutze die Gelegenheit, um einer hässlichen Ente den Hals umzudrehen. Die in der Presse (Zuruf: "Lokalanzeiger!") mit deutlichem Hinweis auf den Minister Treviranus aufgestellte Behauptung von dem Salonwagen ist eine absolut unwahre dummdreiste Erfindung. Minister Treviranus ist in einem gewöhnlichen Schlafwagen-Abteil nach Mainz und im Abteil 2. Klasse von Mainz nach Speyer gefahren. Alle anderen Behauptungen kennzeichnen sich als hässliche Verleumdung. (Hört!hört!).

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat): Der jetzige Finanzminister Dietrich hat als Abgeordneter zur Zeit des Finanzministers v. Schlieben mit Recht eine Verringerung des zu grossen Personals im Reichsfinanzministerium gefordert. Der Reichsparkommissar soll bei der Durchprüfung der Finanzverwaltung zu dem gleichen Ergebnis gekommen sein. Sein Bericht ist entgegen dem Versprechen des früheren Ministers Moldenhauer dem Reichstag bisher nicht vorgelegt worden. Da bitten wir den Minister: Lieber Dietrich, nimm einen Dietrich, öffne die verschlossene Pforte des Finanzministeriums und lasse das überschüssige Personal heraus! - (Sehr gut! rechts). Der Redner bedauert dann, dass der Finanzminister für andere Verwaltungen die Schaffung von Beförderungsstellen abgelehnt habe, während die Beamten seiner eigenen Verwaltung bevorzugt würden.

Abg. Torgler (Komm.) wendet sich gegen die Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. Feder. Feder, der zukünftige Finanzminister Sachsens hätte sich besser mit der aktuellen Angelegenheit der Kopfsteuer beschäftigen sollen. Diese unsozialste aller Steuern sei von dem Nationalsozialisten Dr. Frick in Thüringen eingeführt worden. Der Kuhhandel der Reichsregierung mit den Regierungsparteien gehe nur um die Frage, wie man möglichst viel aus der Masse der arbeitenden Bevölkerung herauspressen kann.

Der Redner erwähnt dann die Pensionsforderung des früheren Finanzministers Dr. Moldenhauer von beinahe 30.000 Mk. und nennt sie das Schamloseste, was man sich vorstellen kann.

Während die Kommunisten in laute Pfui-Rufe ausbrechen, nähert sich Abg. D. Kahl (D.Vp.) dem Abg. Torgler und sagt ihm, der aufmerksam zuhört: Seien Sie nicht so rasch und vorschnell! Dr. Moldenhauer hat sowohl sein aka-

demisches Lehramt wie auch seine sämtlichen Aufsichtsratsstellen niedergelegt! Die Kommunisten rufen lärmend dem Abg. Torgler zu, er solle weiterreden. Abg. D. Kahl wendet sich erregt gegen die Rufer mit den Worten: Halten Sie gefälligst den Mund, wenn ich mich mit einem ernsten Mann ernst auseinandersetze. Ich wollte Herrn Torgler nur sagen, dass er zu vorschnell ist, wenn er schon jetzt in nahezu beschimpfender Weise von dem Antrag Dr. Moldenhauers spricht, ehe er dessen Inhalt und Begründung kennt! - Abg. Torgler setzt darauf seine Rede fort und fragt den Reichsfinanzminister, ob es richtig sei, dass Dr. Moldenhauer beantragt habe, ihn auf sein Pensionsdienstalter alle möglichen Tätigkeiten anzurechnen, die mit seinem Ministeramt nichts zu tun haben.

Abg. Kling (Bayr. Bauernbund) erklärt, seine Partei werde nicht mehr auf die Leimrute des Junctims kriechen, wie bei den ersten Deckungsvorlagen. Die Finanznot sei vor allem verschuldet durch die viel zu grosse Zahl der Beamten und die zu hohen Beamtengehälter. Der notwendige Beamtenabbau könnte schnell vollzogen werden, wenn man aus dem Beamtenkörper die Nationalsozialisten und die übrigen Feinde des Staates entfernt.

Abg. Nauheim (Ztr.) fordert ein Verbot der Erhebung von Ankündigungssteuern durch die Gemeinden. Die preussische Regierung sei damit schon vorgegangen und der Reichsfinanzminister sollte auf die übrigen Länderregierungen im gleichen Sinne einwirken.

Damit ist die Aussprache beendet. - Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums wird in der Ausschussfassung angenommen. - Der Antrag der Wirtschaftspartei, der eine Nachprüfung verlangt, ob die Beamten der Länder und Gemeinden in gleicher Weise wie die Reichsbeamten eingestuft und besoldet sind, wird angenommen. Das Gesetz über die Verlängerung des Vermahlungszwanges von Inlandweizen wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die dann folgende dritte Beratung des Brotgesetzes beschränkt sich auf Abstimmungen. Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Aufhebung des Zwangs zur Angabe des Brotgewichts wird in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 183 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Präsident Löbe schlägt vor, die Schlussabstimmung auf Donnerstag zu vertagen, weil angesichts der geringen Differenz bei der vorherigen Abstimmung erst das genaue Abstimmungsergebnis festgestellt werden müsse. - Dieser Vorschlag wird angenommen.

Um 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.
